Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 287. Mittwoch, 10. Dezember 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 19 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der sächsische Etat vor dem Landtag.

Rede des Finanzministers Dr. Hedrich.

In der Dienstagsitzung des Sächsischen Landtags stand als einziger Punkt die Etatrede des Finanzministers auf der Tagesordnung. Präsident Weckel erteilte sofort dem Finanzminister Dr. Hedrich das Wort, der u. a. ausführte:

In der Geschichte des Parlaments dürfte der Fall einzig dastehen, daß der Haushaltsplan zu einer Zeit vorgelegt wird, zu der über die Hälfte des Rechnungsjahres bereits abgelaufen ist. Aber es handelt sich ja hier gewissermaßen um eine zweite Auflage des Etats, dessen erste Auflage dem alten Landtage schon am 17. März vorgelegt wurde. Der Minister beschränkte sich daher in seinen allgemeinen innerpolitischen Betrachtungen im wesentlichen auf die Abweichungen vom früheren Etat. Durch die seither eingetretene Entwicklung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden sei eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse eingetreten. Der gleichzeitig dem Landtage vorgelegte **Rechenschaftsbericht für 1928 schließe mit einem rechnungsmäßigen Verlust von 870 000 RM ab.** Dieses als günstig zu bezeichnende Ergebnis beruhte auf höheren Steuereingängen, höheren Ueberschüssen und einer erheblichen Verminderung der Ausgabevorbehalte. Das reine Staatsvermögen sei im Rechnungsjahr 1928 von 765,3 auf 766,6 Millionen Reichsmark gestiegen. **Das am 31. März dieses Jahres zu Ende gegangene Rechnungsjahr 1929 habe mit einem Verlust von 6,2 Millionen Reichsmark abgeschlossen.**

Bei Aufstellung des neuen Etatentwurfes stand die Regierung daher vor einer ungemein schwierigen Aufgabe. Die von Monat zu Monat steigende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen habe viele Gemeinden und Bezirksverbände ans Ende ihrer finanziellen Kraft geführt. Selbstverständlich müsse das Land hier helfen, so weit es in seinen Kräften stehe. Aber selbst bei Ausschöpfung aller jetzt gegebenen Steuermöglichkeiten sei vielen Gemeinden nicht mehr aus der Not zu helfen. Das Reich allein könne noch den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen und müsse hierzu die Hand bieten. Heute breche sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Belastung aus den Friedensverträgen sich als der Hauptstörungsfaktor für die ganze Weltwirtschaft erweist, indem nicht nur Deutschland, sondern alle Welt unter diesem ungeheuerlichen System von internationalen Schulden und Forderungen leidet. Unser Sachsenland als ausgesprochen industrielles Exportland trifft es besonders schwer, daß der Krieg in vielen Ländern eigene Industrien als Konkurrenten hat erstehen lassen, daß ungeheure Reiche mit Hunderten von Millionen Menschen für den Exportkonsum nahezu ausgefallen sind. Und schließlich kommt es daher, daß eine außerordentliche Verminderung der Kaufkraft unserer Kunden eingetreten ist. Das Aufhören des im Anleiheweg nach Deutschland fließenden Kapitalstroms, seine jetzt einsetzende Verzinsung und Tilgung, Zahlung der Tribute aus eigenem Kapital und nicht zuletzt die Kapitalflucht haben die Krise weiter verschärft.

Der Minister wies weiter nach, daß, wenn schon der absolute Zwang, eine weitere kurzfristige Verschuldung des Landes zu vermeiden, die Vorlegung eines Defizitetats ausschloß, auch eine wesentliche Höherziehung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts auf dem Wege neuer Steuern keinesfalls verantwortet werden konnte. Die Ausgaben des Staates müßten sich nach den Einnahmen richten. **Die allgemeine Finanzlage des Staates bezeichnete Dr. Hedrich als „heute noch durchaus gesund". Mit der Aufnahme weiterer Schulden müsse er aber äußerst vorsichtig sein.**

Die Sächsische Regierung habe in Berlin verlangt, daß Sachsen zum Ausgleich der bisherigen Zurücksetzung bei künftigen Vergebungen der Reichsstellen und bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung bevorzugt berücksichtigt wird. Zur Gehaltskürzung bemerkte der Minister: Angesichts der vom Reich nachgewiesenen harten Notwendigkeit konnte die Sächsische Regierung ihre anfangs eingenommene ablehnende Stellung zur Frage der Gehaltskürzung bei den weiteren Verhandlungen im Reichsrat nicht aufrechterhalten. Allerdings habe sie gegen die Vordatierung der Gehaltskürzung auf den 1. Februar gestimmt, weil sie es nicht verantworten zu können glaubte, dem treuen Berufsbeamtentum nach der Verkürzung seiner keineswegs zu hohen Gehälter durch die Reichshilfe nun auch noch eine weitere Benachteiligung durch Vordatierung der Verkürzung auf den 1. Februar 1931 zuzufügen. Die finanzielle Auswirkung der Gehaltskürzung lasse sich für die sächsische Staatskasse auf rund 12½ Millionen Reichsmark jährlich schätzen. Den sächsischen Gemeinden bringe er eine Entlastung von 7½ Millionen Reichsmark. Demgegenüber stehe ein Rückgang an Steuerüberweisungen vom Reich in Höhe von rund 36 Millionen Reichsmark.

Zum vorliegenden Etat selbst führte der Minister aus: Der erste der im Etat enthaltene Fehler sei, daß der Etat keinerlei Reserven ausweise. Der zweite Fehler liege darin, daß in den Außerordentlichen Etat nicht nur werbende Ausgaben eingestellt worden seien, wie es den Grundsätzen gesunder Finanzgebarung entspreche. Die Höhe einer ganzen Reihe von Einnahmeposten des Ordentlichen Haushalts muß angesichts der Wirtschaftslage als unsicher bezeichnet werden.

Dem gleichen Zweck dient der Entwurf **eines Gesetzes über den staatlichen Wirtschaftsstock.** Daß die Regierung mit Staatsbankmitteln auch den kaufmännisch geführten staatlichen Unternehmungen, zum Teil um sie überhaupt am Leben zu erhalten, helfend beispringen müsse, ist bekannt. Die Fähigkeit der Oeffentlichen Hand, auf begrenzten Gebieten erfolgreich zu wirtschaften, sollte ernstlich nicht mehr zur Debatte stehen. Die Regierung habe die Aufgabe, der Bildung von für das Gemeinwohl gefährlichen **Großmonopolen der Privatwirtschaft entgegenzuwirken** durch die Förderung der Bewirtschaftung durch die Oeffentliche Hand.

Dann ging der Minister zur Forstverwaltung und Bergverwaltung über. Die Staatliche Porzellanmanufaktur werde auch im laufenden Geschäftsjahr mit einem erheblichen Verlust abschließen.

Große Sorgen bereiteten der Regierung **die Steinkohlenwerke** im Zwickauer und im Lugau-Oelsnitzer Revier. Hier habe die schwere Absatzkrise alle Werke zu einer Einschränkung der Förderung gezwungen. Seit Juni 1930 prüft ein auf Veranlassung des Finanzministeriums zusammengetretener Ausschuß in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Werke, ob und wie es möglich ist, durch einen Zusammenschluß mit dem Ziele der besseren Verwertung der gewonnenen Kohle den westsächsischen Steinkohlenbergbau wieder rentabel zu machen. Bei Erörterung der wasserwirtschaftlichen Betriebe erwähnt der Minister, daß der Weg für Grundung einer Wasserversorgungsgesellschaft Mittelsachsen, die aus den Weißeritztalsperren bei Klingenberg und Lehnmühle die einwandfreie Trinkwasserversorgung eines großen Landesteiles mit rund einer Million Einwohnern einschließlich der Stadt Dresden übernehmen soll, nun frei ist. Nach gleichen Grundsätzen wird erwogen, eine Gesellschaft Westsachsen, in die der Staat die Talsperren bei Muldenberg und Weiterswiese einbringen würde, für die Trinkwasserversorgung des Vogtlandes und einzelner Teile des westlichen Erzgebirges zu gründen. Der Entlastung der Staatsfinanzen soll die Verpachtung der Häfen an eine neuzugründende Hafen-Betriebsgesellschaft dienen. Bei den Luftverkehrslinien erwähnte der Minister das Flugzeugunglück vom 6. Oktober in Dresden und erklärte, die Regierung müsse mit Nachdruck der Erwartung Ausdruck geben, daß seitens des Reiches so tief in unseren Luftverkehr und in die Bewirtschaftung seiner Anlagen einschneidende Maßnahmen, wie die Sperrung unseres Flughafens in Dresden, künftig nicht ohne vorherige Verständigung mit der beteiligten Länderregierung getroffen werden.

Die Kassenlage schildert der Minister wie folgt: Für Dezember sind an fälligen schwebenden Schulden abzudecken: 5,4 Millionen Reichsmark. Hierzu kommt der Betrag, um den die Ausgaben in diesem Monat voraussichtlich die Einnahmen übersteigen werden, da die Steuern im dritten Monat des Quartals erfahrungsgemäß am niedrigsten sind, das sind 10 Millionen Reichsmark, sowie als Bedarf des Außerordentlichen Haushalts 4,7 Millionen Reichsmark zusammen 20,1 Millionen Reichsmark. Diesem Bedarf steht an Deckungsmitteln nur ein Kassenbestand am 1. Dezember 1930 in Höhe von 3,2 Millionen Reichsmark gegenüber. **Es fehlen hiernach an Deckungsmitteln für den Monat Dezember 16,9 Millionen Reichsmark.** Wenn aber in der Gefahrenlage, die sich aus der gegenwärtigen Verfassung des Anleihe- und Geldmarktes ergibt, die Regierung trotzdem die Bewilligung von 44 Millionen für den außerordentlichen Bedarf schlägt, so muß sie darauf hinweisen, daß dies auch das äußerste ist, was die Regierung im Augenblick gerade noch verantworten zu können glaubt.

Zum Schluß seiner mehr als dreistündigen Ausführungen ging der Finanzminister auf die Frage der Verteilung der Reichs- und Landessteuern ein und sagte zusammenfassend: Kein Mensch könne heute voraussehen, wie einmal der Rechenschaftsbericht über diesen Etat abschließen wird. Die Weiterentwicklung der Verhältnisse ist völlig unabsehbar. Die Regierung ist im Gegensatz zu früher jetzt häufig das Organ, das sich gegen die Bewilligungen des Parlaments wehren muß. Sie findet aber in der Verfassung keine ausreichende Stütze. **Es gilt nunmehr, alle Kräfte zusammenzureihen, um bei äußerster Sparsamkeit wenigstens zu versuchen, aus der Notlage herauszukommen.**

Gegen von mir genehmigte Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben werde ich unnachsichtlich von dem mir nach Artikel 47 der Verfassung zustehenden Rechte Gebrauch machen.

Noch brauchen wir nicht zu verzweifeln. Unsere Zukunft liegt in der Arbeit und in eiserner Sparsamkeit.

Der Minister richtete einen eindringlichen Appell an den Landtag, die Etatvorlage sobald wie möglich zu verabschieden, denn wir wollen und müssen alles daransetzen, um den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 dem Landtage in der ersten Hälfte des Monats Februar vorzulegen.

Nach der Rede des Finanzministers vertagte sich das Haus auf Donnerstagvormittag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Aussprache über den Etat.

•

Schnelle Verabschiedung des Etats

Der Aeltestenrat des Sächsischen Landtages nahm am Dienstag zur Frage der ungesäumten Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes für 1930 Stellung. Zwischen den Vertretern der einzelnen Parteien bestand volle Uebereinstimmung darüber, daß der Etat so rasch wie möglich und ohne eine ins einzelne gehende Beratung verabschiedet werden soll. Der Ausschuß beschloß, den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zu Besprechungen zu geben. Die Fraktionsberatungen sollen am Mittwoch stattfinden und der Aeltestenausschuß wird dann am Donnerstag nochmals zusammentreten, um abschließend Stellung zu nehmen.

•

Der Aeltestenrat des Landtags

beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage, **in welcher Form im Landtag der Staatshaushaltplan für 1930 verhandelt werden soll.** Da mit dem März 1931 das Haushaltjahr zu Ende geht und — wie die Regierung angekündigt hat — bereits Ende Januar oder Anfang Februar der neue Haushaltplan für das nächste Etatjahr dem Landtag vorgelegt werden soll, bleibt für die Beratung des verzögerten Etats für das laufende Jahr kaum Zeit übrig. Unter Umständen würde es darauf hinauslaufen, zwei Haushaltpläne zu gleicher Zeit zu beraten. Aus diesem Grunde hat der Landtagsvorstand die Frage aufgeworfen, ob nicht eine En bloc-Verabschiedung des jetzt vorgelegten Etats zweckmäßig sei. Es würde sich hierbei darum handeln, alsbald die Schlußberatung und Abstimmung anzufügen oder den Etat insgesamt durch die Haushaltausschüsse einer kurzen Allgemeinberatung zu unterziehen und hernach die Abstimmungen durchzuführen, ohne in die Behandlung der einzelnen Kapitel einzutreten. Hierüber werden die Fraktionen in ihren nächsten Sitzungen beraten. Der Aeltestenrat dürfte in seiner nächsten Besprechung am Donnerstagvormittag dann zu entsprechenden Vorschlägen an den Landtag gelangen.

Für die **Beratung des vorliegenden Etats durch die Parteien** im Plenum des Landtags am Donnerstag, den 11. Dezember, einigte sich der Aeltestenrat dahin, daß **den Fraktionen eine Stunde Redezeit zur Verfügung gestellt werden soll,** der sozialdemokratischen Fraktion als der größten 1½ Stunden. Mit dieser Regelung waren alle Fraktionen einverstanden bis auf die Kommunisten und Nationalsozialisten. Entsprechende Beschlüsse wird das Landtagsplenum am Donnerstag zu fassen haben.

•

Der Rechtsausschuß des Landtags

hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Bünger (DVp.), über die Vorlage Nr. 6, betr. die vom Gesamtministerium auf Grund von Art. 40 der Landesverfassung erlassene **Notverordnung über die Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und Gemeindebürgersteuer** schriftlichen Bericht vorlegte. Dieser wurde vom Ausschuß mit unwesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen.

Abendsitzung des Reichskabinetts

Berlin, 10. Dezember.

Das Reichskabinett ist gestern abend noch zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Beratung der agrarpolitischen Maßnahmen fortgesetzt wurde. Zu der Darstellung eines Berliner Abendblattes, daß Minister Schiele ein außergewöhnliches Zollprogramm vorlege, äußert man sich an amtlicher Stelle nicht. Es liegt aber Grund zu der Annahme vor, daß die Maßnahmen, die das Reichskabinett berät, den ganzen Komplex der landwirtschaftlichen Reorganisation, das Veredelungssystem usw. umfassen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Das deutsche Lied.

Sängerbund Meißner Land.

Der Gesamtvorstand des Sängerbundes Meißner Land hielt am Sonntag, den 7. Dezember in **Großenhain** eine Sitzung ab, um mit dem dortigen Festausschuß die Grundlagen für das auf den 27. und 28. Juni 1931 festgelegte

Bundes-Sängerfest

zu beraten. Wegen der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse waren auch die Ortsgruppenvorsitzenden des Bundes zu dieser Sitzung geladen, um den Beschlüssen und Vereinbarungen eine breitere Basis zu geben. Die Besichtigung der als Festraum in Aussicht genommenen Flughalle ergab, daß diese eine geradezu ideale Eignung für die geplante Verwendung besitzt. In der sich anschließenden gemeinschaftlichen Sitzung legte der Vorsitzende des Festausschusses Großenhain, Sangesbruder Lorenz, Großenhain, in längerer Rede die Grundzüge des Festes dar und gab zum Schlusse seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die zu fassenden Beschlüsse derartige sein mögen, daß auch nach Schluß des Festes eine allgemeine Befriedigung herrsche und vor allem nachträgliche Umlageforderungen an die Sänger vermieden würden. Das Fest soll, den Zeitverhältnissen entsprechend, in einfachster aber würdiger Form gefeiert werden. Von kostspieligen Festwagen, von der Herausgabe einer umfangreichen Festschrift, sowie von allem vermeidlichen Beiwerk wird aus Sparsamkeitsgründen Abstand genommen. Die Festfolge erfährt gegenüber früheren Bundesfesten insofern eine Aenderung, als das Hauptkonzert bereits am Sonnabend, den 27. Juni, abends 8 Uhr, stattfindet und der Sängerkommers den Abschluß des Festes bildet. Der Sonntag vormittag bringt zunächst ein sog. Stundenkonzert und hieran anschließend eine große Kirchen-Musikaufführung, in der auf ausdrücklichen Beschluß des Bundes in der Hauptsache Werke unseres Meisters Gläser zu Gehör gebracht werden. Der Festzug nimmt nachm. 2 Uhr seinen Anfang und dauert etwa eine Stunde. Nach dem Eintreffen auf dem Festplatze findet eine Kinder-Gesangsaufführung durch etwa 300 Kinder in der Festhalle statt. Hierauf beginnt der Festkommers. Den Abschluß des Festes bildet ein Fackelzug zu Ehren des Meisters Gläser. Der Festbeitrag für den teilnehmenden Sänger ist auf 1.50 RM. festgesetzt. Es ist also auch hierbei den Zeitverhältnissen Rechnung getragen worden, da der Beitrag der früheren Feste bedeutend höher war und z. B. in Oschatz noch 3 RM. betrug. Die Einladungen und Anmeldebogen werden in den nächsten Tagen an die Vereine herausgehen und es ist notwendig, daß die zur Anmeldung der Teilnehmer gesetzten Fristen innegehalten werden, um ein reibungsloses Arbeiten der Ausschüsse, insbesondere des Wohnungsausschusses, zu ermöglichen.

Der vom Festausschuß vorgelegte Haushaltplan, der in Einnahme und Ausgabe mit 9000 RM. balanciert, wurde gutgeheißen. Der Bundesvorsitzende, Sangesbr. Adelhelm, Oschatz, dankt der Ortsgruppe Großenhain für ihre bisher geleistete Arbeit, die Zeugnis dafür gebe, daß alles in den besten Händen liegt. Er legt aber dem Festausschuß nochmals ans Herz, bei allen Ausgabeposten nach Möglichkeit zu sparen, damit Nachzahlungen unter allen Umständen vermieden werden.

An die gemeinschaftliche Tagung schloß sich dann noch eine Sitzung des Gesamtvorstandes und der Ortsgruppenvorsitzenden, die vom Bundesvorsitzenden Sangesbruder Adelhelm geleitet wurde. Man nahm in dieser Kenntnis von dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, dem zu entnehmen ist, daß der Bund zur Zeit 88 Vereine mit 3110 Mitgliedern zählt. Neuaufgenommen wurden der Postbeamten-Gesangverein in Meißen und MGV. und gem. Chor „Loreley" in Großraschütz. Ehrenbriefe des Deutschen Sängerbundes für 50jährige Sängertreue wurden viermal, das Bundesehrenzeichen für 25jährige Mitgliedschaft 85 Mal verliehen. Ferner wurde 1 Ehrennadel für 25jährige Führertätigkeit behändigt. Bei Besprechung der Bundes-Sängerfahrt nach Falkenberg dankt der Vorsitzende den beiden Führern des Elster-Elbe-Bundes, Sangesbrüdern Kühne und Behrndt, für die treffliche Vorarbeit zu der wohlgelungenen Veranstaltung. Der Bundeskasse sind als Ueberschuß von diesem Unternehmen 200 Reichsmark überwiesen worden. Auch des Gruppen-Sängerfestes in Großraschütz bei Großenhain wurde gedacht, indem der Vorsitzende Nachahmung derartiger Veranstaltungen empfiehlt, da diese ganz besonders geeignet seien, noch fernstehende Vereine auf dem Lande für die deutsche Sängersache zu gewinnen.

Dem vorläufigen Kassenberichte des Bundeskassierers Sangesbr. Hofmann, Lommatzsch, ist zu entnehmen, daß der Bund auch im kommenden Geschäftsjahre mit einem Bundesbeitrag von 1 RM. für das Mitglied auszukommen gedenkt. Der gleichzeitig vorgelegte Haushaltplan für 1931 findet Genehmigung. Der Vorsitzende gibt sodann bekannt, daß die Sächsische Sängerhilfe mit dem 1. Januar 1931 in Kraft tritt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Anmeldungen zu dieser Sänger-Sterbekasse unbedingt bis 31. 12. 30 bewirkt sein müssen, wenn die Angemeldeten der Vorteile, die für sofortigen Beitritt in Aussicht gestellt sind, teilhaftig werden wollen. Ferner wird mitgeteilt, daß eine Arbeitsgemeinschaft der kleineren Bünde mit dem Sitze in Döbeln gegründet worden ist. Diese Gemeinschaft soll keine Kampforganisation sein, sondern nur das Interesse der kleinen Bünde gegenüber den großen wahrnehmen. Von dem Schreiben des Vorsitzenden im Musikausschusse des DSB., in dem dieser mitteilt, daß auf der nächstjährigen Nürnberger Sängerwoche auch Chöre behandelt werden sollen, die für kleine und kleinste Vereine geeignet sind, nimmt man Kenntnis und ordnet den Bundesliedermeister Gläser zu dieser Tagung ab. Nachdem man noch einige durch den nächsten Sängertag zu beschließende Satzungsänderungen durchberaten und der Vorsitzende dem durch Krankheit am Erscheinen verhinderten 2. Bundesliedermeister Sangesbruder Schönebaum, Riesa, den Gruß der Tagung entboten und ihm baldige Genesung wünscht, wird die Versammlung mit dem Sängerspruch des Bundes geschlossen.

F. O.

Dorf- und Heimatabend.

Der Gemeindewohlfahrtspflegeverband Jahnishausen—Prausitz veranstaltete am vergangenen Sonntag im Gasthof Jahnishausen einen Dorf- und Heimatabend. — Ein von Herrn Oberlehrer Saalbach verfaßter und von einer Schülerin vorgetragener Vorspruch: „Heimat, ich grüße dich!" wies auf den Sinn der Veranstaltung hin. Sodann begrüßte Herr Gutsbesitzer Schwarze, Gostewitz, als Vorsitzender die Erschienenen. Worte der Begrüßung sprachen ferner Herr Oberkirchenrat Scherffig als Vorstand der Wohlfahrtspflege, Kreis Großenhain. Sein Gruß galt vor allem der Gemeindeschwester Frida, deren unermüdliches Wirken im Dienste der Wohlfahrt er hervorhob. Außerdem entbot Herr Bürgermeister Köcher den Versammelten im Namen seiner Gemeinde herzliche Grüße.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Herrn Bezirksschulrats Dr. Trögel-Großenhain, in dem dieser die Frage zu beantworten suchte: **Was ist es, das wir Heimat nennen?** — Heimat tragen wir in uns, in unserem Herzen. Von Heimat reden uns die Schönheiten in ihr: Alte Giebel, rebenumrankites Fachwerk, alte Tore, Bäume und blumendesäte Wiesen, das Dorf im bunten Wechsel des Tages und der Jahreszeiten. Von Heimat raunt uns die Vergangenheit. In großen Zügen gab der Herr Vortragende ein Bild der Geschichte unserer Heimat. Von Heimat reden zu uns Sitten und Gebräuche, alte Truhen, Schränke, Kleider als Ueberbleibsel aus vergangenen Tagen. Nach diesem Vortrag zeigte uns Herr Lehrer Große-Pausitz an Hand von Lichtbildern Schönheiten aus der heimatlichen Pflege.

Selbstverständlich fehlte auch nicht die Verherrlichung der Heimat in Gedicht und Lied. Die Gemischten Chöre von Heyda (Leiter Herr Kantor Arnold) und Prausitz (Leiter Herr Kantor Rahn), die Männerchöre von Prausitz und Pausitz (Leiter Herr Kantor Richter) und die beiden Oberklassen der Volksschule Pausitz-Jahnishausen priesen in ihren Gesängen die Heimat. Herr Bezirksschulrat Dr. Trögel brachte mit seiner Frau Gemahlin ebenfalls zwei Heimatlieder zum Vortrag. Zwischen die Lieder waren Sprechvorträge einiger Schülerinnen und Schüler der obengenannten Schule und der Vortrag eines selbstverfaßten Gedichtes in der Dorf- und Heimatsprache von Herrn Oberlehrer Saalbach eingeflochten. Dieses in humorvoller Weise verfaßte Gedicht brachte an diesem Abend auch das herzliche Lachen zu seinem Recht. Reigenvorführungen der Mädchen, eingeübt von Herrn Lehrer Große-Pausitz, halfen mit, den Abend zu füllen. Während der Pause erhielten die beteiligten Kinder Kaffee und Kuchen.

Nach einem Schluß- und Dankeswort des Herrn Amtshauptmann Fellisch, Großenhain, schieden die zahlreichen Besucher im Bewußtsein, einen schönen Abend verlebt zu haben. — Möge dieses Fest mit dazu beigetragen haben, den Wohlfahrtspflegeverein in weitesten Kreisen bekannt zu machen und ihm die Mittel zuzuführen, die er benötigt, um seine eigentliche Aufgabe erfüllen zu können: Den Vielen zu helfen, die der Hilfe bedürfen.

Kre-De.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 10. Dezember 1930.

—* **Daten für den 11. Dezember 1930.** Sonnenaufgang 7.54 Uhr. Sonnenuntergang 15.52 Uhr. Mondaufgang 22.20 Uhr. Monduntergang 12.19 Uhr.

1788: Der Dichter Max v. Schenkendorf in Tilsit geb. (gest. 1817).
1801: Der Dramatiker Christian Dietrich Grabbe in Detmold geb. (gest. 1836).
1843: Der Bakteriologe Robert Koch in Klausthal geb. (gest. 1910).

—* **Wettervorhersage für den 11. Dezember** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Meist schwache, nach westlichen Richtungen drehende Winde, hauptsächlich trübe, bezw. nebelig, leichter Temperaturanstieg, zeitweise Niederschläge.

*

—* **5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachts-Heiligabend.** Der Rat der Stadt gibt im vorliegenden amtlichen Teile bekannt, daß nach reichsgesetzlichen Bestimmungen die Verkaufsstellen am heiligen Abend nachm. 5 Uhr zu schließen sind. — An den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten (14. und 21. Dezember 1930) können die Geschäftsläden von vorm. 11 Uhr bis nachm. 6 Uhr offengehalten werden.

—* **Hohes Alter.** Frau Wilhelmine verw. Weber geb. Eberhardt, im Stadtteil Neuweida, Lange Str. wohnhaft, kann heute in körperlicher und geistiger Frische ihren 80. Geburtstag feiern.

—* **Kein Verbot von Weizengebäck in Sachsen.** Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen über das Brotgesetz sieht bekanntlich vor, daß in Gaststätten Weizengebäck nicht mehr verabreicht werden darf. Ein solches Verbot würde in den beteiligten Gewerben die Arbeitslosigkeit noch mehr steigern, was Sachsen besonders schwer treffen würde, da hier die Arbeitslosigkeit weit größer ist als in anderen Teilen des Reiches. Ueberdies würde diese Maßnahme die sächsische Bevölkerung, die in erheblichem Maße an den Genuß von Kleingebäck (Semmeln) gewöhnt ist, hart treffen und auch den Fremdenverkehr schädigen. Das Wirtschaftsministerium hat daher von der in der genannten Verordnung eingeräumten Befugnis zur Ausnahmebewilligung Gebrauch gemacht und die Verabreichung von Weizenkleingebäck im Gewicht bis zu 200 Gramm in Gaststätten und Schankwirtschaften bis auf weiteres zugelassen.

—* **Die Post in Erwartung des Weihnachts-Paketverkehrs.** Um den gesteigerten Anforderungen des Weihnachts-Paketverkehrs gerecht zu werden, hat die Post, gestützt auf die Erfahrungen der früheren Jahre, umfassende Vorkehrungen getroffen, die eine schnelle und pünktliche Zuführung der Sendungen in die Hand des Empfängers erwarten lassen. Die Annahmeschalter werden dem Bedürfnis entsprechend vermehrt, neben den bestehenden Postverbindungen sind zahlreiche Beförderungsgelegenheiten auf der Bahn und auf Landwegen vorgesehen. Soweit die Pakete vom Empfänger nicht abgeholt werden, erfolgt ihre Zustellung unter Vermehrung der Betriebsmittel und der Zustellkräfte ohne besondere Kosten mit der gewohnten Pünktlichkeit. Wer seine Pakete rechtzeitig bei der Post aufliefert, kann sicher sein, daß sie zu der gewünschten Zeit den Empfänger erreichen. — Wer verhindert ist, seine Pakete persönlich bei der Post aufzuliefern, oder sich den Weg zum Postamt sparen will, gebe sie dem Paketzusteller mit. Das kann überall geschehen, wo die Paketzustellung mit Fuhrwerk ausgeführt wird. Die Gebühr für die Mitnahme beträgt 20 Rfpf. für ein Paket.

—* **Erleichterung der Drucksachenwerbung.** Das Reichspostministerium teilt mit: Zugunsten der Werbung für den Warenumsatz hat die Deutsche Reichspost mit sofortiger Wirkung die Vorschriften über die Versendung von Drucksachenkarten mit anhängender Antwortkarte zu der ermäßigten Gebühr von 8 Rpfg. wesentlich erleichtert. Die Freimachung einer Drucksachendoppelkarte mit einer 3-Pfennig-Marke ist künftig auch dann zulässig, wenn die Antwortkarte neben den üblichen Aufdrucken zur Vorbereitung der Antwort noch sonstige Werbeaufdrucke des Absenders der Doppelkarte enthält. Die Antwortkarte steht jetzt also bis auf die für die Anschrift bestimmte rechte Hälfte der Vorderseite und bis auf den für die Antwort vorgesehenen Teil restlos für Werbeaufdrucke zur Verfügung. Die 5-Pfennig-Gebühr bleibt nur für solche Drucksachendoppelkarten bestehen, deren anhängender Teil keine Antwortkarte darstellt, sondern lediglich gedruckte Mitteilungen an den Empfänger enthält.

—* **Warnung vor Kauf an der Tür!** Vom Landesausschuß des Sächsischen Kleinhandels e. V. wird uns geschrieben: Immer und immer wieder ist festzustellen, daß Verbraucher beim Kauf an der Tür von „unbekannten Reisenden" und Hausierern übervorteilt und oftmals schwer geschädigt werden. In der Mehrheit der Fälle sind die Leidtragenden unsere Hausfrauen. Sie sind den gewandt auftretenden, redebeflissenen, nicht selten aufdringlich werdenden und jede Position zu ihrem Vorteil ausnützenden Verkäufern nicht gewachsen, fallen vielfach, nur um sie los zu werden, auf die „verlockenden" Angebote der im Vornherein auf Betrug ausgehenden Parasiten, herein, und erst wenn sie ihr gutes Geld los sind, erkennen sie, daß sie die Betrogenen sind. Im öffentlichen Interesse sei folgender Vorgang zur Warnung mitgeteilt: „Ein Stoffwarenhändler hatte einer Frau Stoff zu einem Kostüm aufgeschwatzt. Unter Ausnützung ihrer geschäftlichen Unerfahrenheit und Vertrauensseligkeit veranlaßte er die Frau, da sie angeblich kein Geld hatte, einen Wechsel zu unterschreiben. Die Käuferin war der Meinung, es handele sich um eine Quittung und gab ihre Unterschrift. Sie wußte nicht, daß sie einen Wechsel unterschrieb und kann sich weder erinnern, daß der Kaufpreis mit 85 RM. vereinbart war, noch daß der Betrag von 85 RM. auf dem Papier stand, auf das sie ihre Unterschrift setzte. Der Kostümstoff war nach dem Gutachten des gehörten Sachverständigen im Höchstfalle 35 RM. wert. Die Frau fühlte sich betrogen und erstattete Anzeige gegen den Stoffhändler. Das zuständige Amtsgericht verurteilte den Betrüger zu drei Monaten Gefängnis. Die von ihm gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde von der zuständigen Strafkammer verworfen. Dieser eine von vielen Fällen, der einmal seine gerechte Sühne fand, läßt unzweideutig erkennen, daß beim Kauf an der Tür von unbekannten Händlern allergrößte Vorsicht geboten erscheint, insbesondere dann, wenn vom Verkäufer unter irgendwelchem Vorwande eine Unterschrift vom Käufer gefordert wird."

—* **Die sächsischen Staatsbeamten zur Gehaltskürzung.** In einer vom Bund Sächsischer Staatsbeamten in seiner Hauptvorstandssitzung gefaßten Entschließung wird auch zur Frage der Gehaltskürzung Stellung genommen. In der Entschließung heißt es u. a., die Annahme, daß durch die Festsetzung der Freigrenze auf 1500 Mark jährlich den untersten Beamtengruppen weitestgehendes Entgegenkommen gezeigt worden sei, müsse von der Beamtenschaft als irreführend bezeichnet werden, da sich diese Freigrenze überhaupt nicht auswirken könne. Vom Reichstag wird gefordert, daß diese Freigrenze eine wesentliche Heraufsetzung erfährt. — Der Bund der sächsischen Staatsbeamten hielt am 6. ds. Mts. hier seine Hauptvorstandssitzung ab, die sich erneut mit der Frage der Gehaltskürzung für die Beamtenschaft beschäftigte. Nachdem diese nunmehr in einer leider als unsozial und ungerecht zu bezeichnenden Form durch die Notverordnung in Kraft gesetzt worden sei, setzt sich der Bund in einer einstimmig gefaßten Entschließung energisch für eine allgemeine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten ein. Als das zu erstrebende Hauptziel der politischen Arbeit wird eine erneute Revision der Tributlasten gefordert.

—* **„Aue (Sa.)."** Die Reichsbahndirektion Dresden hat angeordnet, daß ab 1. Januar 1931 der Bahnhof Aue (Erzgebirge) die Bezeichnung Aue (Sa.) führt.

—* **Weihnachtsrückfahrkarten auf den staatlichen Kraftwagenlinien.** Die Staatliche Kraftwagenverwaltung gibt bekannt, daß auf den staatlichen Kraftwagenlinien die am 24. und 25. Dezember gelösten Rückfahrkarten Gültigkeit bis einschließlich Sonntag, den 28. Dezember ds. Js. abends haben.

—* **Die drohende Lahmlegung des gesamten Rundholzexportes nach Deutschland.** Der bekannte Ausflugsort Herrnskretschen, im Sommer das Ziel tausender wanderlustiger Ausflügler, nimmt nicht nur in der Fremdenindustrie, sondern auch auf dem böhmisch-reichsdeutschen Holzmarkte einen bedeutenden Platz ein. In Herrnskretschen gibt es einige altansässige Holzexportfirmen, die schon seit vielen Jahrzehnten die an der Elbe liegenden deutschen Sägewerke von Hirschmühle beginnend bis in die Magdeburger Gegend mit böhmischem Floßholz beliefern. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hat auch der Holzexport nach Deutschland im heurigen Geschäftsjahr einen empfindlichen Schaden erlitten und der noch vor wenigen Jahren blühende Flößereibetrieb auf der Elbe ist in der diesjährigen Flößperiode fast ganz zum Stillstand gekommen. Während im Vorjahre vom zeitigen Frühjahr bis in den Spätherbst hinein täglich mehrere Holztransporte abgestoßen werden konnten, so wurde im heurigen Jahre der Anblick eines langsam talwärts schwimmenden Floßes auf der Elbe zur Seltenheit. Wenn sich die katastrophale Lage am deutschen Baumarkt zum kommenden Frühjahr nicht bessert und die Geschäftslosigkeit im Baugewerbe weiter anhält, so ist der Rundholzexport auf dem Wasserwege nach Deutschland im nächsten Jahre auf das schwerste bedroht. Die Lahmlegung dieses Geschäftszweiges wäre ein trauriges Kapitel für die Holzflößer der Elbe, Sasawa und Moldau; auch viele Beamte und Angestellte dieser Branche hätten dadurch den Verlust des Arbeitsplatzes zu beklagen.

—* **Fortzahlung des Gehalts bei Krankheitsfällen.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband bittet um Veröffentlichung der folgenden Notiz: Von den Abänderungen der Juli-Notverordnung ist die zwingende Vorschrift erwähnenswert, daß für Versicherte, die bei Weiterzahlung von Lohn oder Gehalt kein Krankengeld beziehen, der Beitrag entsprechend zu kürzen ist. Außerdem kann in diesen Fällen nach Wegfall des Arbeitsentgelts das Krankengeld auf 60 v. H. des Grundlohns erhöht werden. Das Hausgeld in Fällen von Krankenhausbehandlung kann ebenfalls durch Satzungsbestimmung der Krankenkassen auf zwei Drittel (bisher 1/2) des Krankengeldes festgesetzt werden. Das Recht der Ersatzkassen, Mehrleistungen zu gewähren, wird insofern wesentlich eingeengt, als für die Ersatzkassen in Zukunft, was den Beginn des Kranken- und Hausgeldes und seine Höhe anbelangt, die für die reichsgesetzlichen Krankenkassen geltenden Vorschriften maßgebend sind. Erfreulicherweise beseitigt die neue Notverordnung einen im Laufe der letzten Monate immer unhaltbarer gewordenen Zustand für diejenigen, die bisher im Krankheitsfalle Gehalt oder Lohn weiter bezogen. Durch entsprechende Aenderungen im Handelsgesetzbuch, der Gewerbeordnung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird bestimmt, daß der Anspruch auf Weiterzahlung von Gehalt in Krankheitsfällen nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann. Da die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung unzureichend waren und die Rechtsprechung eine solche Abdingung gestattete, war eines der wichtigsten Ziele der Notverordnung vom Juli dieses Jahres, den Krankenkassen Ersparnisse zu bringen, gefährdet. Die jetzige Neuregelung schafft in dieser Beziehung klare Verhältnisse.

—* **Schafft Arbeit für das Handwerk.** Der wirtschaftliche Tiefstand in der heutigen Zeit und die noch im Steigen begriffene Arbeitslosigkeit müssen mit größter Besorgnis erfüllen. Unter der Ungunst der Verhältnisse leiden besonders schwer die verschiedenen Zweige

SLUB
Wir führen Wissen.

des Bauhandwerks. Der größte Teil der Betriebe im Baugewerbe und in den Baunebengewerben liegt brach. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß gerade die kommenden Monate besonders günstige Gelegenheit für die Ausführung zahlreicher bauhandwerklicher Innenarbeiten bieten, die auch in der kälteren Jahreszeit erledigt werden können. Es handelt sich hier nicht nur um reine Instandsetzungsarbeiten, sondern ebenso kann, wo die Rohbauten fertiggestellt sind und man sofort auf Einsetzen der Fenster und Aufstellung von Oefen Bedacht nimmt, auch die Innenarbeit wesentlich gefördert werden. So würden neben Tischlern, Glasern, Ofensetzern zahlreiche weitere Handwerkszweige, wie Klempner, Installateure, Schlosser, Maler, Tapezierer usw. im Winter mehr beschäftigt sein. Hierdurch kann auf diese Arbeiten größere Sorgfalt verwendet werden, da dann die alten und bewährten Kräfte zur Verfügung stehen, während im Sommer vielfach auf angelernte Hilfskräfte zurückgegriffen werden muß. Auf diesem Wege wird auch zur Milderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Es werden deshalb alle öffentlichen und privaten Auftraggeber gebeten, die inneren Instandsetzungsarbeiten möglichst in den Wintermonaten durchzuführen, um eine bessere Verteilung der Arbeitsaufträge zu ermöglichen. Dies entspricht auch den verschiedenen ministeriellen Erlassen, öffentliche Aufträge möglichst in der kälteren Jahreszeit auszuführen, um damit auf eine Milderung der Arbeitslosigkeit hinzuwirken.

—* **O Tannenbaum, o Tannenbaum...** Wieder füllen sich die Plätze und Wirtschaftsgärten mit den Waldkindern, die als Christbäume zum Weihnachtsfest die Paläste der Reichen wie die Hütten der Armen erleuchten sollen. Die Weihnachtslieder werden wieder allenthalben gesungen und nicht zuletzt das sinnige Volkslied „O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine — Blätter". Heute weiß jedes Kind, daß der Tannenbaum keine Blätter, sondern Nadeln trägt und daß gerade der Tannenbaum der Nadelbaum ist, der verhältnismäßig selten als Christbaum erscheint. Freilich nennt der Volksmund auch die Rotfichte (Picea excelsa), die am häufigsten auf den Christmarkt kommt, Tanne. Selbst Kiefer und Fichte werden in manchen Gegenden volkstümlich Tanne genannt, zumal in früheren Zeiten das Worte Tanne ganz allgemein zur Bezeichnung für Nadelholz gebraucht wurde. Mag man daher ruhig Tannenbaum singen. Es ist ja ganz gleich, ob man eine Fichte, eine Kiefer oder gar eine Edeltanne zum Christbäumchen nimmt (heute mehr denn je entscheidet der Geldbeutel); eins aber muß trotz der Verelendung der Wirtschaftsverhältnisse jedem deutschen Manne klar sein: Forstfrevel durch eigenmächtiges Abschneiden eines Bäumchens im Walde darf es auch in diesem Jahre nicht geben. Selbst die Aermsten der Erwerbslosen werden auf rechtmäßige Weise in den Besitz eines Weihnachtsbäumchens gelangen können, um ihren Kindern wenigstens eine Freude zu bereiten. Es ist ja so unsagbar traurig, daß man überhaupt von solchen Dingen schreiben muß, aber unser schon so arg verschandelter Nadelwald verträgt weitere gewaltsame und willkürliche Räubereien nicht mehr. Eine kleine billige Rotfichte löst bei den Kindern dieselbe Freude aus, wie die schönste teuerste Edeltanne.

Leisnig. Schwerer Verkehrsunfall. Am Dienstag mittag wurde der 40 Jahre alte Malermeister Künzel aus Leisnig auf der Staatsstraße nach Döbeln in der Nähe des Bahnhofs Naunhof bei Leisnig mit zertrümmertem Schädel neben seinem Kraftrade liegend tot aufgefunden. Spuren an einem Baum lassen darauf schließen, daß Künzel mit großer Gewalt gegen diesen gefahren ist. Fremdes Verschulden scheint nach Lage der Sache nicht in Frage zu kommen.

Meißen. Ehrung für den verstorbenen Theaterdirektor Gahsamas. Dem Rat der Stadt Meißen ist von der Kreishauptmannschaft Dresden ein Schreiben zugegangen, in dem die Verdienste des dieser Tage in Wien verstorbenen Theaterdirektors Chlodwig Gahsamas um die städtische Bühne in Meißen in herzlichen Worten gewürdigt werden. — Im Meißener Stadttheater fand am Dienstagvormittag für den Verstorbenen eine offizielle Trauerfeier statt, in der Oberspielleiter Haardt für das Meißener Stadttheater, Oberbürgermeister Dr. Busch für die Stadt Meißen und Spielleiter Dr. Gustav Pichler für die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger dem Heimgegangenen ehrende Worte des Gedenkens widmeten.

Wilsdruff. Tödlicher Sturz eines Kindes. In plötzliche Trauer versetzt wurde die in der Wettinerstraße wohnhafte Straßenbahnerfamilie Fiel. In Abwesenheit der Eltern stürzte ihr 4 Jahre alter Sohn von einem Stuhle herab und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu, die seinen alsbaldigen Tod herbeiführte.

Dresden. Im Spandauer Stadtforst vergiftet aufgefunden. Im Spandauer Stadtforst wurden, wie bereits gemeldet, die Leichen eines Paares aufgefunden, in dessen Taschen man u. a. Fahrscheine der Dresdner Straßenbahn fand. Die Vermißtenzentrale des Berliner Polizeipräsidiums ermittelte jetzt einen Verwandten des jungen Mannes in Berlin, der den Toten als einen zwanzigjährigen Bauschüler Helmuth Werner Schiefer aus Plauen feststellte. Seine Begleiterin ist ohne Zweifel die 24 Jahre alte Köchin Gertrud Hoyer, die seit einigen Tagen aus Dresden vermißt wird. Die Angehörigen des jungen Paares sind benachrichtigt, aber in Berlin noch nicht eingetroffen. Ueber den Grund des gemeinsamen Selbstmordes weiß man noch nichts. Es handelt sich um Kleesalzvergiftung.

Dresden. Der Betrüger mit der Motorradpanne festgenommen. Der 36jährige Mechaniker Drost von hier hatte, wie bereits berichtet, in der letzten Zeit wiederholt Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge aufgesucht und Geldbeträge bis zu 70 Mark erschwindelt, indem er angab, daß er mit seinem Kraftrad eine Panne gehabt hätte. Bei den Betrügereien bediente er sich der Namen Schäfer, Weber und Schaul. Er konnte nunmehr in Königsbrück festgenommen werden. Drost ist nicht nur in Dresden, sondern auch außerhalb aufgetreten.

Dresden. Zum Streik der Kraftdroschkenführer. Die Zahl der streikenden Kraftdroschkenführer ist weiter im Abnehmen. Nach Angabe des Vereins Dresdner Kraftdroschkenbesitzer waren gestern wiederum etwa dreißig Droschken mehr als am Montag im Verkehr. Von insgesamt 872 sind nur noch ungefähr 140 ausständig.

Dresden. Reiche Diebesbeute. Am 5. d. M. wurde am hellen Tage auf der Wiener Straße ein dreister Einschleichdiebstahl verübt. Der Täter erlangte Gold- und Silbersachen im Werte von etwa zehntausend Mark. Es handelt sich vermutlich um einen etwa 40 Jahre alten unbekannten Handwerker, der bei seinem Eintritt angab, bei einer im Grundstück tätigen Handwerker aufsuchen wolle. — Zwischen Sonnabend abend und Montag früh drangen unbekannte Einbrecher in ein Wollwarengeschäft auf der Kesselsdorfer Straße. Sie erbeuteten über hundert Dutzend Damenstrümpfe, sowie Herrensocken.

* **Dresden.** Klage eines pensionierten Gemeindebeamten gegen die Stadt. Kretschmar, ein pensionierter Gemeindebeamter, verklagte von der Stadt Dresden ein höheres als das ihm gewährte Ruhegehalt, indem er sich auf eine besondere Zusicherung berief. Das Oberlandesgericht Dresden erachtete eine solche Zusicherung nicht als vorliegend und wies die Klage ab. Gegen das Urteil des OLG. Dresden legte der Kläger Revision ein, die vom Reichsgericht zurückgewiesen wurde.

* **Dresden.** Ueberfall aus Rache. Der 24jährige Landwirt Karl Vogel in Mickten wurde am Montag nachmittag von acht jungen Leuten überfallen. Vogel hatte vor kurzem einen Mährenbub ertappt, weshalb jetzt an ihm Rache genommen werden sollte. Als Vogel am Montag auf seinem Felde arbeitete, stürzten plötzlich junge Burschen hinter einem Bretterzaun hervor, fielen über Vogel her und schlugen ihn. Als Vogel laut um Hilfe rief, ergriffen die Burschen die Flucht über Zäune und durch Gärten. Nachdem sich Vogel erhoben hatte, setzte er sich auf sein Pferd und nahm die Verfolgung auf; es gelang ihm auch, einen der Täter festzunehmen und der Polizei zu übergeben.

* **Dresden.** Vor Hunger zusammengebrochen. Am Dienstag mittag gegen 12 Uhr wurde auf der Großen Kirchgasse ein etwa 20 Jahre alter Mann aufgehoben, der infolge Unterernährung auf der Straße zusammengebrochen war. Beim Sturz hatte er sich einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung zugezogen. Er wurde besinnungslos ins Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. Die Personalien des jungen Mannes konnten noch nicht festgestellt werden.

* **Dresden.** Bei der Arbeit verunglückt. Am Montag wurde einem in der Rinderhalle des städtischen Schlachthofes mit Schlachten beschäftigten Fleischermeister durch ein Messer, das aus einem umgeschnallten Köcher herausfiel, die Schlagader am linken Unterarm durchschnitten. Der Verunglückte mußte bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden.

* **Freiberg.** Der Tod auf den Schienen. Am Bahnübergang der Staatsstraße Freiberg—Kleinschirma hat sich ein etwa 30 Jahre alter Mann, dessen Personalien unbekannt sind, von einem Eilgüterzug überfahren lassen. Die Leiche war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Freiberg. Gegen den Polenterror. Die Studentenschaft der Freiberger Bergakademie nahm in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu den Uebergriffen der Polen gegen das Deutschtum in Oberschlesien. Es wurde einmütig eine Entschließung gefaßt, in der gegen den polnischen Terror flammender Protest erhoben wird.

Pirna. Noch keine Schnellbahn Dresden—Pirna? Die Amtshauptmannschaft Pirna und der Stadtrat zu Pirna haben der Dresdner Ueberlandverkehr G. m. b. H. in Dresden die bereits zweimal verlängerte Ermächtigung zur Vornahme von Vorarbeiten für eine von Dresden nach Pirna zu erbauende Schnellstraßenbahn weiter um ein Jahr verlängert. Es ist also damit zu rechnen, daß der Bahnbau noch längere Zeit nicht in Angriff genommen werden wird.

* **Mügeln.** Hochherzige Stiftungen. Aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit stellte das Ehepaar Generalobearzt Dr. med. Paul Weber der Stadt einen Betrag zur Verteilung an 60 bedürftige Familien und dem Albertzweigverein eine Summe zur Errichtung einer „Alice-Weber-Stiftung" zur Verfügung. Das Ehepaar hat sich schon immer um die Linderung der Not große Verdienste um das Allgemeinwohl erworben.

* **Sebnitz.** Die Bürgersteuer vor dem Stadtverordnetenkollegium. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am Montag abend wurde u. a. über die von der Kreishauptmannschaft angeordnete Einführung der Bürgersteuer gesprochen. Das Kollegium nahm mit 1 Stimme Mehrheit einen Protest an, der sich gegen das Schreiben der Kreishauptmannschaft wendet, da darin von einer „schuldhaften Vernachlässigung" gesprochen wird, wogegen sich das Kollegium wehrt. Im weiteren Verlaufe nahm man einen Antrag an, der besagt, daß die Stadtverordneten während zweier Quartale auf ihre Diäten verzichten, die zur Stärkung der Winterhilfe verwendet werden sollen.

* **Sebnitz.** Verurteilte Betrüger. Wie seinerzeit gemeldet, hatten die hier wohnhaften Gebr. Scharm Rabattsparmarken der Sparvereine Sebnitz und Neustadt gefälscht und teilweise sogar in Verkehr bringen können. Das Sebnitzer Schöffengericht verurteilte nunmehr den älteren der Brüder zu fünf Monaten Gefängnis und den jüngeren wegen Mitwisserschaft zu sechs Wochen Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde beiden voll angerechnet.

* **Wurzen.** Ein Kind tödlich verbrüht. Das zweijährige Kind einer hiesigen Familie war seiner Mutter ins Waschhaus gefolgt. Während die Mutter sich am Kessel zu schaffen machte, stürzte plötzlich das Kind hinterrücks in eine mit heißem Wasser und Wäsche gefüllte Schüssel. Es erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo es kurze Zeit darauf starb.

Wurzen. Neuer Feuerwehr-Kreisvertreter. In der letzten Verbandssitzung der Freiw. Feuerwehren des Grimma-Oschatzer Bezirkes in Wurzen wurde für den verstorbenen Kreisvertreter Frank-Leipzig Branddirektor Mühlan-Wurzen als Nachfolger in Vorschlag gebracht.

* **Leipzig.** Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Goerdeler, hat am Dienstag im Rahmen einer Pressebesprechung u. a. erklärt, daß für die Stadt Leipzig und auch für alle anderen großen deutschen Städte die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, vollkommen ausgeschöpft sei. Die Städte nähmen nun in Anspruch, was durch die Notverordnung ihnen geboten wird; aber keine dieser Städte wird ohne Defizit bleiben können, ein Defizit, das unter Fortbestand der heutigen Umstände auch ständig bleiben wird. Die Lage der Städte ist umdeswillen katastrophal. Mit wirtschaftlichen Maßnahmen könne das Defizitproblem nicht gelöst werden; es sind außenpolitische Maßnahmen notwendig, die den Abbau der Tributbelastung zum Ziele haben und diese Maßnahmen müßten bald durchgeführt werden, wenn die Städte überhaupt notdürftig ihre Aufgaben erfüllen wollen.

* **Frankenberg.** Selbstmord. In der Nacht zum Montag fand man in der Nähe des hiesigen Bahnhofes einen entgleisteten Mann im Alter von etwa 30 Jahren überfahren auf. Die Personalien des Toten konnten noch nicht ermittelt werden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor.

* **Zwönitz.** Unterschlagungen eines Sparkassenverwalters. In Zwönitz ist der Kaufmann Bruno Hahn flüchtig geworden. Er war Kassierer eines Sparkassenvereins und sollte zu Weihnachten die angesammelten Gelder in Höhe von 56 000 Mk. an die Mitglieder auszahlen. Die Sparer konnten jedoch ihre Gelder nicht restlos erhalten, da Hahn nur 44 000 Mk. vorlegen konnte. Der Kassierer entfernte sich darauf, ohne angehalten zu werden, und ist seither nicht wieder gesehen worden. Hahn bekleidete eine Reihe von Ehrenämtern. Er war Vorsitzender der Ortskrankenkasse, des Militärvereins und der Feuerwehr. Zur Beruhigung der Sparer wird erklärt, daß aus den noch vorhandenen Mitteln 70—80% der Spareinlagen ausgezahlt werden können. Ob das Vermögen Hahns die Deckung des Fehlbetrages ermöglichen wird, bleibt dahingestellt, da seine geschäftlichen Verpflichtungen beträchtlich sein sollen.

* **Oelsnitz.** Todesopfer einer politischen Schlägerei. Wie der „Freiheitskampf" meldet, verstarb am Sonntag in Oelsnitz der SA-Mann Paul Meyer, 24 Jahre alt und von Beruf Maurer, an den Verletzungen, die ihm am 18. September ds. Js. bei Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten beigebracht worden waren.

*

Lobenstein. Schwere Bluttat. In der Turnhalle des Arbeiterturnvereins „Harra" hat sich in der Nacht zum Montag eine schwere Bluttat ereignet. Der 20 Jahre alte Schmied Eugen Teichmann hat in der Gaststube nach einem Wortwechsel wegen eines Mädchens den 22 Jahre alten Fabrikarbeiter Ernst Koch aus Harra mit einem Messer erstochen. Der Täter wurde verhaftet.

* **Braunsdorf** (Bischofstal). 600-Jahrfeier. Am Sonnabend und Sonntag feierte die Gemeinde Braunsdorf ihr 600jähriges Bestehen. Aus Anlaß der Feier fand ein Festabend statt, an dem sich die gesamte Einwohnerschaft beteiligte. Bürgermeister Haase brachte an diesem Abend eine von ihm verfaßte Chronik der Gemeinde zur Verlesung.

* **Teplitz.** Bergmannsloos. Aus der Grube Carl in Zuckmantel löste sich ein Teil einer Lettenwand im Baggerbetriebe und begrub zwei Arbeiter. Der eine war sofort tot, der andere ist lebensgefährlich verletzt.

5-Uhr-Ladenschluß am Heiligen Abend.

Schluß der Gaststätten um 7 Uhr.

Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses.

Berlin. (Funkspruch.) Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, wonach für offene Verkaufsstellen, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, der Ladenschluß am Heiligabend allgemein auf 5 Uhr festgesetzt wird. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen noch bereits anwesende Käufer bedient und Aufräumungsarbeiten geleistet werden. Dieser Beschluß bedeutet, daß die in der bisherigen Regelung enthaltene Ausnahme für Lebens- und Genußmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellte, die bis um 6 Uhr offen halten dürften, beseitigt wird. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt, da Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Christlich-Soziale geschlossen dafür eintraten, während die anderen Parteien nicht einheitlich stimmten. Dagegen stimmten die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen, das Landvolk und ein Vertreter der Deutschen VP. Weiter beschloß der Ausschuß, daß alle Gaststätten am Heiligabend, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, um 7 Uhr schließen müssen.

Die Landesbehörden können bestimmen, daß für die Verpflegung und Beherbergung Ortsfremder eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen wird.

Auch dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

Die heutige Reichstagssitzung vertagt.

vdz. **Berlin.** (Funkspruch.) Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Frick (NSDAP.) gegen die Verhaftung des nat.-soz. Abg. Dr. Fabricius, der im Zusammenhang mit den nat.-soz. Demonstrationen gegen den Remarque-Film auf Befehl des Polizeioberstleutnants Heimannsberg festgenommen worden ist. Er beantragt die Freilassung des Abg. Dr. Fabricius.

Der sofortigen Beratung des nat.-soz. Antrages wird von den Sozialdemokraten widersprochen. (Stürmische Pfuirufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. Frick (NSDAP.) beantragt darauf die Vertagung der Sitzung.

Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 214 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Für die Vertagung haben die Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen, das Landvolk, die Kommunisten, die Christlich-Sozialen und die Volksnationalen gestimmt. Die Wirtschaftspartei hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Beifall begrüßt. Ein Nationalsozialist ruft: „Köpfe werden rollen!"

Präsident Löbe vertagt die Sitzung bis 4 Uhr.

*

Schon 20 Minuten vor 4 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder. Er teilt mit, daß im Aeltestenrat eine Einigung dahin erzielt sei, der sofortigen Beratung des nat.-soz. Freilassungsantrages nicht mehr zu widersprechen. Präsident Löbe stellt dann ohne Widerspruch fest, daß der Freilassungsantrag für Dr. Fabricius ohne Debatte angenommen sei.

Dr. Fabricius verurteilt.

Berlin. (Funkspruch.) Der bei den Zusammenrottungen am gestrigen Abend festgenommene nat.-soz. Reichstagsabgeordnete, Regierungsrat a. D. Dr. Fabricius ist zu 50 Mark Geldstrafe bezw. 3 Tagen Haft und wegen Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Dampfer gegen Landungsbrücke geworfen.

Bisher sechs Tote, vierzig Schwerverletzte.

* **Fiume.** Im Sušaker Hafen wurde am Dienstag infolge anhaltenden Sturmes der Dampfer „Topola" an die mit Menschen belegte hölzerne Landungsbrücke geworfen. Die Brücke brach ein und die Menschen, darunter eine Musikkapelle, stürzten ins Meer. Bei dem Unglück sind bisher sechs Personen ertrunken. Vierzig Personen erlitten schwere Verletzungen, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber die Gesamtzahl der Todesopfer herrscht bis jetzt noch keine Klarheit. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt.

Schwerer Bau-Unfall.

Newyork. (Funkspruch.) In der Höhe des zehnten Stockwerkes eines Neubaues brach gestern das Gerüst zusammen. Fünf Maurer stürzten in die Tiefe und wurden auf der Stelle getötet.

Weihnachten steht vor der Tür!

Wer Geschäfte machen will muss inserieren!

... Schuhe
EIN GESCHENK

von praktischem Wert. Hess-Schuhe aber sind mehr. Sie erfreuen den Beschenkten täglich neu durch ihre Schönheit — noch lange, wenn das Fest vorbei ist

Hess Schuhe

Jahr Damen-Stück 16.60 Jahr Herren-Stück 18.80

Schuhhaus Großmann

Handarbeitshaus
Katharina

Riesa
● am Capitol

Weihnachtshandarbeiten
in grosser Auswahl

Kaffeedecken ‡ Häkelkissen ‡ Schürzen

Wir empfehlen unseren Mitgliedern

zur Festbäckerei

Feinstes G. E. G.

Weizen-Auszugsmehl „Aehrenstolz"	à Pfd. RM -.30
ff. Weizenmehl	à Pfd. RM -.28
Sibirische Butter	à Pfd. RM 1.55
Zucker gem., Mehlis	à Pfd. RM -.30
Sultaninen, Smyrna	à Pfd. RM -.45, -.65, -.75
do. allerfeinste, griechische	à Pfd. RM -.90, 1.00
Mandeln süß und bitter	à Pfd. RM 1.40
do. handverlesen	à Pfd. RM 1.80
Korinthen, feinste „Golf"	à Pfd. RM -.56
G. E. G. Kokosfett (1-Pfund-Tafeln)	à Pfd. RM -.55
Schmelz-Margarine	à Pfd. RM 1.00, 1.20
Margarine	à Pfd. von RM -.48 bis RM 1.00
amerik. Schmalz „Hansa Spezial"	à Pfd. RM -.80
Zitronat, Ia großstückig	à Pfd. RM 1.40

Zitronen - Mandelöl - Vanille-Schoten

Bezirks-Konsum- u. Sparverein „Volkswohl"
Riesa Großenhain Oschatz

Warenabgabe nur an Mitglieder!

BKV Riesa

Sparrabatt auf alle Waren und den vollen Betrag!

Harmoniums
empfiehlt preiswert Musik-Spezialhaus
B. Zeuner Nachf. E. Fritsche
Riesa, Hauptstraße 49 und Rathausplatz 6.

Alle Arten Beleuchtungs-Körper

für elektrisch Licht empfiehlt

Max Arnold
Riesa, Goethestraße 65

Original Gold- u. Silberschmiedearbeiten

Ringe, Colliers, Broschen etc., erstkl. künstlerische Erzeugn., v. einfachsten bis vornehmsten Stück. Besichtigung ohne jede Verbindlichkeit.

Max Fritzsche, Bismarckstr. 11 e, p.

Achtung! Hausfrauen!
Besucht die letzten Vorträge über:
Das neue Waschen
Mittwoch u. Donnerstag d. Woche nachm. 1/4 4 und abends 8 Uhr in Thalmanns Gasthaus, Goethestr. 102. Die Vorträge sind verb. mit prakt. Vorführungen. Eintritt frei. Kein Kaufzw. Schmutzige Wäsche bitte mitbring.

Vergessen Sie nicht über dem Trubelchen auch etwas Schönes zu schenken. Meine Fenster zeigen Ihnen Beispiele von schönen zu jr. aktischen Geschenken. Ernst Nitzag, Hauptstr. 72 am Capitol.

Schöne nützliche Dinge

aus Porzellan und Kristall, auch Kunstgläser und feine Metallwaren habe ich in sehr reicher Auswahl zu niedrigen Preisen für Sie als Weihnachtsgaben bereitgestellt.

G. IMMANUEL **Lochmann**

Hauptstr. 57 Fernspr. 602

Mitglied der Nord-Süd-Großeinkaufsgesellschaft

Zum Bohnern!

Welt-Bohner-Wachs, weiß u. gelb
(Dosen mit unserer Firma)
Sigella- und Elho-Bohnerwachs
Cirine und anderes flüss. Wachs
Bohnerbeize, gelb, braun, rot
Fußboden-Reinigungspolitur
(lose, flüssig, reinigt und wacht)
Bohnerbürsten, -Tücher, -Spritzen
Mop, Stiel- u. Handmop, Ia Qual.
Saalspritzwachs, Fußbodenöl
empfiehlt
F. W. Thomas & Sohn Hauptstr. 45
Seifengeschäft. — Fernruf 212.

Christbäume
ba. bayr. Fichten und Edeltannen verkauft in seinem Gehöft Borna Nr. 1d u. auf dem Christmarkt Riesa, Stand 1.
Herm. Lange, Boritz.

Die so beliebten Sammelmuster finden Sie preiswert bei
Kötzsch

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren

Die Leder-, Filz- und Gummischuh', Bekommt man preiswert und im Nu gefärbt, geflickt und gut besohlt,
Im Schuhhaus von Karl Wiederhold!

Ein
Photo-Apparat
auf dem
Weihnachtstisch
erhöht die
Festes-Freude!
Zuverlässige Apparate zu RM
10.- 13.- 16.- 20.- 25.- 30.- 36.-
bis zu den vollkommensten Ausführungen

Photo-Zubehör
nur bewährte Fabrikate, in allergrößter Auswahl bei
Nathan
Hauptstraße 33. Fernsprecher 139.

Für den Weihnachtstisch habe noch einen kl. Posten
Regenschirme
für Damen, Herren und Kinder billigst abzugeben.
Reparaturen u. Beziehen von Schirmen werden auch weiterhin ausgeführt.
Otto Fuhr
Hauptstraße 34, 1.

Große Sendung
Kaffeetrichter
eingetroffen.
Emil Schöne Nachf.

Fast neue größere
Kinder-Dampfmaschine
mit Zubehör zu verkauf. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Gretchen:
Hans! Wo wohnt der Weihnachtsmann?
Hänschen:
Wenn Du schön brav bist, sage ich es Dir morgen abend. Er wohnt etwas versteckt, aber wir finden ihn schon.

Nr. „Einigkeit"
Donnerstag: Hennig

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Nach langem schweren Krankenlager verschied heute morgen meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Frau Marie Martha Kläber
geb. Günther

im 62. Lebensjahre.

Bobersen, 9. 12. 30.

In tiefer Trauer
Franz Kläber nebst Hinterbliebenen.

Beerdigung erfolgt Freitag 1 Uhr vom Trauerhaus aus.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die außenpolitische Aussprache im Reichstag abgelehnt.

Beratung über Pensionskürzungen.

Berlin, 9. Dezember.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die

erste Beratung des Pensionskürzungsgesetzes,

das von einer bestimmten Mindestgrenze an das Arbeitseinkommen eines pensionierten Beamten auf die Pension oder das Wartegeld anrechnen will, um das Doppelverdiener-System möglichst einzuschränken.

Abg. Roßmann (Soz.): Die Denkschrift der Reichsregierung über die Großpensionäre beweist, daß die meisten Empfänger von Großpensionen bis zu 19 000 Mark gerade die geschworenen Feinde der Republik sind. Die Sozialdemokraten verlangen die Ausdehnung dieser Denkschrift auf die Länder. Das von dem Abg. Dreher verantwortlich gezeichnete Wahlflugblatt der Nationalsozialisten führt besonders darüber Beschwerde, daß im Reichstag viele Beamte sitzen, die neben den Diäten noch ihr Beamtengehalt oder Wartegeld beziehen. Tatsächlich sitzen aber die meisten dieser Gehaltsempfänger, nämlich 85, in der nationalsozialistischen Fraktion. (Lebh. Hört! Hört!) Die Sozialdemokratie hat in wiederholten Anträgen eine Kürzung der Großpensionen bei den Doppelverdienern verlangt. Der vorliegende Entwurf entspricht nicht in allen Punkten unseren Wünschen. Wir wollten nicht die wohlerworbenen Rechte der Masse der Beamten angreifen. Die Freigrenze von 6000 Mark scheint uns zu hoch. Die Kriegsopfer sollten aus der Vorlage herausgelassen werden. Die vom Reichsrat eingefügte Befristung des Gesetzes lehnen wir ab. Eine allgemeine Pensionshöchstgrenze soll festgesetzt werden.

Abg. Sprenger (Nat.-Soz.): Der Verrat von 1918 war gar keine Revolution, sondern eine Schiebung, mit der die Sozialdemokraten ihre Parteibonzen in Beamtenstellungen unterbringen wollten. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sind 20 Parteibuchbeamte ohne Beamtenvorbildung (Lebh. Hört! Hört! bei den Nat.-Soz.). Die in der Verfassung festgelegten wohlerworbenen Rechte der Beamten haben durch die Beamtenabbauverordnung die Sozialdemokraten mit Füßen getreten gemeinsam mit ihren schwarzen Koalitionsbrüdern vom Zentrum. Darüber hinaus hat man den Beamten einseitige Opfer zugemutet. (Zurufe: In Italien noch viel mehr!) In Italien handelt es sich nur um die Angleichung an die Valuta. Vorher war das deutsche Beamtentum unbestechlich. Es ist erst anders geworden, als Sie (zu den Soz.) wie die Fassadenkletterer mit ihren Parteibuchbeamten in die Beamtenlaufbahn eingedrungen sind. (Unruhe bei den Soz.) Ist es etwa nicht wahr, daß Scheidemann seinen Oberbürgermeisterposten den Deutschnationalen verkaufen wollte? (Rufe bei den Soz.: Unverschämtheit!) Der hohe Pensionsetat ist von den Parteien selbst verschuldet, durch den viel zu weit gehenden Beamtenabbau. Dem kleinen Beamten will man die Pensionen kürzen, aber nichts geschieht gegen die eigentlichen Hochverräter, die ihr Kapital ins Ausland verschoben haben. Die pensionierten Beamten werden ohnehin doppelt und dreifach besteuert. Die preußischen Beamten werden trotz aller Drohungen Severings zu hunderttausenden in die nationalsozialistische Arbeiterpartei eintreten. Man könnte in der Zeit der Not freilich vorsichtig untersuchen, wie weit man an eine Kürzung der Großpensionen herangehen könnte. Zu diesem Zweck beantragen wir die Ueberweisung der Vorlage an den Beamtenausschuß.

Abg. Laverrenz (Dn.): Diese Vorlage ist ein typisches Kind des Marxismus. Die alten pensionierten Offiziere haben sich doch ihre Pension erdient, sie zahlen ihre Steuern und sie haben auch das Recht der freien Meinungsäußerung. — Der vorliegende Entwurf versucht in empfindlicher Weise in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten einzugreifen. Eine Verschlechterung der Versorgungsverhältnisse gegenüber dem bisherigen Zustand lehnen wir ab. Durch eine Pensionskürzung im Sinne der Vorlage würde geradezu der Arbeitswille bestraft. Das Ruhegehalt ist nur ein zeitlich hinausgeschobener Teil des erdienten Gehalts. Wir können die Vorlage, die wiederum einseitig nur die Beamten treffen und die Beamtenrechte aushöhlen will, nicht gutheißen.

Abg. Torgler (Komm.): Wir mischen uns nicht in den Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten darüber, wer sich am meisten an die Futterkrippe drängt. (Rufe bei den Nat.-Soz.: Ihr Dr. Neubauer gehört auch dazu!) Dr. Neubauer bezieht zwar das ihm als Berufsbeamten zustehende Wartegeld von 400 Mark, aber er ist davon ebensowenig Nutznießer, wie von den Reichstagsdiäten. Durch Schreiben vom 23. Okt. 1930 hat der thüringische nationalsozialistische Kultusminister Dr. Frick Herrn Dr. Neubauer mitgeteilt, daß eine weitere Betätigung für die kommunistische Partei ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung nach sich ziehen würde. (Hört! Hört! bei den Komm.) Und da reden Nationalsozialisten noch von wohlerworbenen Beamtenrechten. — Den vorliegenden Gesetzentwurf bezeichnet er als unzureichend. Wir verlangen die Festsetzung einer Höchstpension von 6000 Mk.

Abg. Dr. Krone (Ztr.): In einer Zeit der allgemeinen Volksnot müssen Opfer von allen Schichten gebracht werden. Wir dürfen auch an den zu hohen Pensionen nicht vorbeigehen. Dabei wollen wir die wohlerworbenen Rechte der breiten Masse der Beamtenschaft nicht verletzen. Wir haben schon vor mehreren Jahren eine Höchstpensionsgrenze gefordert. Wir begrüßen darum den vorliegenden Gesetzentwurf.

Abg. Moraß (DVp.): Wir lehnen die Vorlage ab, wie wir das immer getan haben. Auch von den Freunden eines solchen Gesetzes wird zugegeben, daß der finanzielle Effekt nur gering ist. Dann soll man doch aber in einer Zeit, in der an sich schon den Beamten der Hauptanteil an den finanziellen Opfern für das Reich zugemutet wird, diese neue Beunruhigung der Beamtenschaft vermeiden durch ein Gesetz, das doch nur eine Verbeugung vor der Straße ist. Der Vorsitzende des Richtervereins beim Reichsgericht hat erklärt, eine solche Pensionskürzung würde dem Vertragsrecht widersprechen. Doppelverdiener gibt es in allen möglichen Berufsgruppen. Man wendet sich aber immer nur gegen die pensionierten Beamten, weil man immer den Weg des schwächsten Widerstandes gehen will. Bei der Einführung einer Höchstpensionsgrenze von 12 000 Mark würde die jährliche Ersparnis für unseren Millionenetat nur 110 000 Mark betragen. Wenn man die Beamtenrechte wahren will, dann darf man auch keine Ausnahme für die Hochbesoldeten machen. Die Beamten haben dafür ein feines Gefühl und auch die Beamten der niedrigen Besoldungsgruppen sind in der Abwehr solcher Pläne einig mit den übrigen. Durch solche Vorlagen wird die Staatsgesinnung der Beamten nicht gestärkt.

Abg. Nauck-München (Bayr. Bp.): In einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit geht es nicht an, daß die Empfänger von Pension und Wartegeld andere Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen. Das wollen wir verhindern. Der vorliegende Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Wir werden uns im Ausschuß gegen alle die Bestimmungen wenden, die über den Zweck, den Doppelverdienern ein Ende zu machen, hinausgehen.

•

Gegen 6 Uhr wird die Aussprache unterbrochen, weil die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen zur Notverordnung

nachgeholt werden sollen.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Deckungsmaßnahmen aus der Juli-Notverordnung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, der eine Höchstgehaltsgrenze für Beamte von 8000 Mark und eine Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark einführen will, wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mit 319 gegen 197 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der hohe Vermögens-, Einkommen-, Dividenden- und Tantiemen-Sondersteuern fordert.

Auch die übrigen kommunistischen Anträge auf Aenderung der Juli-Verordnung werden abgelehnt, so u. a. mit 354 gegen 162 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten der Antrag, die Aenderung der Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig zu machen. Die kommunistischen Anträge, die die Krankenschein-Gebühr wieder beseitigen und als krankenversicherungspflichtig auch Erwerbslose, Renten-, Pensions- und Unterstützungsempfänger bestimmen wollen, werden gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt. Angenommen werden einige Ausschuß-Entschließungen, die eine Aenderung der Krankenversicherung und des Versorgungswesens fordern. Die Annahme erfolgt gegen die hinter der Regierung stehenden Parteien.

Einstimmig angenommen werden die verschiedenen Anträge, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Roggenstützung verlangen. Die übrigen Landwirtschaftsanträge gehen an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Weiter wird einstimmig angenommen ein Antrag Mumm (Christl.-Soz.), wonach Milchkakao, verdünnte und gezuckerte Fruchtsäfte von der Mineralwassersteuer befreit sein sollen.

Ein Antrag, der verlangt, daß die Zollämter bei der Tabaksteuer nicht kleinlich bei der Hergabe alter billiger Banderolen verfahren, wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Die Vorlage über die Erstattung von Kriegs-Wohlfahrtsausgaben wird dem Haushaltausschuß überwiesen.

•

Präsident Löbe schlägt um 7¾ Uhr vor, die Mittwoch-Sitzung um 3 Uhr beginnen zu lassen und auf die Tagesordnung neben kleineren Anträgen und Vorlagen die Fortsetzung der Aussprache über das Pensionskürzungsgesetz zu setzen.

Die Abgg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) und Dr. v. Freytagh-Loringhoven (Dn.) beantragen, morgen in die Aussprache über die Außenpolitik einzutreten. Abg. Stöcker (Komm.) schließt sich dieser Forderung an.

Abg. Ulitzka (Ztr.) erklärt, die unmenschlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien seien noch viel schlimmer als die Oeffentlichkeit bisher erfahren hat. Wenn wir aber den bedrängten Volksgenossen wirksam helfen wollen . . . (Lärm bei den Nat.-Soz.) Mit Lärmen und Schreien helfen Sie unseren Volksgenossen nicht. (Beifall.) Der Präsident der Gemischten Kommission Calonder hat von sich aus — das ist bisher noch nie geschehen — entsprechende Schritte beim Völkerbund unternommen (Lärm bei den Nat.-Soz.). Auf Grund von Erfahrungen fürchte ich, daß eine Debatte in diesem Hause, deren Verlauf, Ausgang und Konsequenzen von niemand übersehen werden können, die von unseren Volksgenossen und von Calonder unternommene Aktion empfindlich stören könnte. Das ist auch die Meinung unserer oberschlesischen Volksgenossen selbst. Jetzt kommt es nicht darauf an, zu reden, sondern zu helfen (Beifall im Zentrum).

Abg. Wiedemann (Dn.) erhält einen Ordnungsruf wegen des Zurufs „Heuchler".

Abg. Dr. Kleiner (Dn.): Auf Grund derselben Verbindung mit Oberschlesien, auf die sich Abg. Ulitzka beruft, und auf Grund derselben Fühlungnahme mit den oberschlesischen Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenze, mit denen ich noch gestern Verhandlungen geführt habe, kann ich sagen, daß auch diese Volksgenossen den Wunsch haben, daß hier im Reichstag wirksam und eindrucksvoll für sie gekämpft wird. (Hört! Hört! rechts.) Unsere einzige Waffe in diesem Zeitalter deutscher Wehrlosigkeit (Rufe links: „ist das Maul!" — Unruhe) ist doch die, daß wir durch eine große Willenskundgebung uns an die Seite unserer Volksgenossen stellen und ihnen zu Hilfe kommen. Für das Zentrum ist aber nur entscheidend das Interesse der Partei und der Regierung.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) beantragt, auch den deutschnationalen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, der die Einstellung der Polizeikosten-Zuschüsse an Preußen verlangt. Bei dieser Gelegenheit müßten die Bürgerkriegsrüstungen des Reichsbanners besprochen werden (Lachen links).

Abg. Jadasch (Komm.) wirft dem Abg. Dr. Kleiner vor, er habe bei den oberschlesischen Abwehrkämpfen gegen die polnischen Eindringlinge in der Etappe gesessen und sich nicht ins besetzte Gebiet gewagt. Die kommunistischen Arbeiter seien es gewesen, die rücksichtslos den Kampf gegen die polnischen Terroristen aufgenommen haben.

Abg. Ulitzka (Ztr.) erwidert dem Abg. Dr. Kleiner, er stütze sich auf die Aeußerungen führender Persönlichkeiten der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Nach den Proben, die in dieser Geschäftsordnungsdebatte geliefert wurden, erscheint es mir zweifelhaft, daß die außenpolitische Aussprache hier eine einheitliche nationale Kundgebung ergeben würde. Eine solche Aussprache würde also nicht im Interesse der deutschen Minderheit liegen.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.): Die Kostproben, die diese Geschäftsordnungsdebatte geliefert hat, veranlassen mich, mit aller Entschiedenheit mich gegen eine außenpolitische Debatte zu wenden (Unruhe).

Abg. Dr. Kleiner (Dn.) erwidert dem Abg. Jadasch, er habe bei den Kämpfen gegen die polnischen Insurgenten an der Kampffront gestanden.

Abg. Külz (Staatspartei) erklärt, bei seinen Verhandlungen mit den oberschlesischen Vertretern habe er keine Stimme gehört, die sich für eine außenpolitische Debatte erhoben hätte.

Abg. Dingeldey (DVp.) spricht sich gleichfalls gegen eine außenpolitische Debatte aus, da in diesem Parlament eine einheitliche Kundgebung kaum zu erwarten sei.

Abg. Brückner (Nat.-Soz.) betont die Notwendigkeit der auswärtigen Debatte; die Kommunisten blickten nur nach Moskau hinüber.

Dann wird der Antrag auf außenpolitische Debatte gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Schluß der Sitzung 8¼ Uhr.

•

Voraussichtlich noch bis Sonnabend Reichstagssitzungen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Aeltestenrat des Reichstages einigte man sich darüber, daß außer den bereits auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stehenden Gegenständen noch folgende Angelegenheiten vor Weihnachten erledigt werden sollen: Ladenschluß am Heiligen Abend, Verlängerung der vorläufigen Regelung der Gewerbestellenvermittlung, Verlängerung der Urheberrechtsschutzfrist und die Reform der Angestelltenversicherung. Die Beratung dieser Gegenstände wird noch Reichstagssitzungen bis zum Freitagabend, vielleicht sogar bis zum Sonnabend notwendig machen.

•

Keine Weihnachtskrise

Außenpolitische Debatte im Februar

Berlin, 10. Dezember

Das Ergebnis der gestrigen mit Spannung erwarteten Reichstagsabstimmungen war, daß die Reichsregierung sich dem Parlament gegenüber erneut durchgesetzt hat. Die außenpolitische Debatte ist in die Zeit nach der Genfer Tagung, also auf Anfang Februar, hinausgeschoben worden. Es ist dem Druck, der von mehreren Seiten auf die Christlich-Sozialen ausgeübt wurde, gelungen, auch sie zum Einlenken zu bewegen, und selbst die Wirtschaftspartei, die noch vor wenigen Tagen ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte, hat sich jetzt bereit gefunden, im Sinne der Regierungswünsche zu stimmen. Zu dieser Entwicklung dürften nicht zuletzt auch die Bemühungen des Oberpräsidenten Lukaschek-Oberschlesien beigetragen haben, der gestern im Reichstag zu sehen war. Er ist zwar nicht, wie Berliner Blätter wissen wollen, mit einer Delegation nach Berlin gekommen, aber er hat doch, offenbar nicht ohne Erfolg, versucht, den Abgeordneten die schwierige Situation in Oberschlesien klar zu machen.

Wem im gemäßigten Lager noch nicht klar war, daß bei diesem Reichstag eine außenpolitische Debatte vor der Genfer Tagung einfach nicht möglich ist, ohne daß die deutschen Interessen schwer geschädigt werden, den hat offenbar die Geschäftsordnungsaussprache von der Unmöglichkeit überzeugt. Der Reichstag war eine Stunde lang ein einziges Brauen und Toben der radikalen Parteien, die sich gegenseitig mit Vorwürfen und Beschimpfungen überhäuften. In politischen Kreisen der Mitte begrüßt man es deshalb außerordentlich, daß die ganze Frage nun bis zum Februar vertagt worden ist. Selbst wenn sich die gestrigen Anträge und die Geschäftsordnungsdebatte am Mittwoch wiederholen sollten, ist sicher damit zu rechnen, daß sie die gleiche Mehrheit gegen sie finden wird wie am Dienstag. Dies gilt auch für die Behandlung der deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus, die damit ebenfalls als auf Februar vertagt gelten können. Damit sieht man im Reichstag die Gewähr dafür gegeben, daß nun mit einer Weihnachtskrise nicht mehr zu rechnen ist.

•

3762000 Arbeitslose im Reich

Berlin, 10. Dezember.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die die Wintermonate mit sich zu bringen pflegen, hat nach dem Bericht der Reichsanstalt in der zweiten Novemberhälfte dieses Jahres nicht das Ausmaß erreicht, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Krisenunterstützung rund 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung (im Vorjahre Zunahme von rund 1 015 000 um 155 000 auf rund 1 200 000). Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als Arbeitslose zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 v. H. mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 3 101 000, die Zunahme in der zweiten Novemberhälfte mit fast 262 000 oder 14,2 v. H. war jedoch sowohl absolut wie im Verhältnis nicht unerheblich höher als in diesem Jahre.

477 000 Arbeitslose in Sachsen

Der sächsische Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Novemberhälfte ungefähr in dem gleichen Ausmaße weiter verschlechtert wie in der Zeit von Anfang bis Mitte November. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in der Zeit vom 15. bis 30. November von 460 284 auf 477 394, also um rund 17 000, oder 3,7 v. H. angewachsen.

Die Zugänge kamen in erster Linie aus den Außenberufen, und zwar aus dem Baugewerbe, aus der Lohnarbeit wechselnder Art, aus der Landwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden, außerdem aus der Metallindustrie und dem Spinnstoffgewerbe. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von Mitte bis Ende November von 187 291 auf 195 302, also um rund 4,3 v. H. Dagegen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung in geringerem Ausmaße angewachsen, nämlich von 110 206 auf 113 099, also um 2,6 v. H. Auf tausend Einwohner entfielen am 30. November 1930 38,9 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 22,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung. Am 30. November des Vorjahres entfielen auf tausend Einwohner nur 5,1 Hauptunterstützte in der Krisenunterstützung.

SLUB
Wir führen Wissen.

Der Protest der heimattreuen Oberschlesier.

Die Vorgänge in dem an Polen abgetretenen Teil von Oberschlesien, anläßlich der Wahlen zum polnischen Senat, dem Sejm und dem Sejm für die Wojewodschaft Schlesien haben auf deutscher Seite einen Sturm der Entrüstung entfesselt, der in allen Bevölkerungskreisen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit gleich stark ist und der auch im Ausland einen Widerhall gefunden hat und zwar nicht nur in neutralen Staaten.

Die deutsche Minderheit, der auf Grund des Genfer Abkommens die freie und ungehinderte Ausübung des Wahlrechts gewährleistet ist, wurde so ungeheuerlich terrorisiert, daß von einem Wahlrecht überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Die Aufständischen-Verbände haben die Deutschen durch Drohungen und Gewaltanwendungen ebenso wie die polnischen Behörden durch Willkürakte jeder Art an der Ausübung des Wahlrechts behindert und dadurch erreicht, daß 108 000 Deutsche in Ostoberschlesien am 23. November 1930 der Wahlurne ferngeblieben sind. Acht von fünfzehn im aufgelösten früheren Sejm vertretenen deutschen Abgeordneten sind nicht wieder gewählt worden.

Bei den Wahlen im Jahre 1928 konnte die deutsche Wahlgemeinschaft noch 88 Wahlversammlungen in Ostoberschlesien abhalten. In der diesjährigen Wahlkampagne fand nicht eine einzige Versammlung der Deutschen aus begreiflichen Gründen statt. Ueberfälle, Drohungen, Mißhandlungen, schwere Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang verübten die Aufständischen-Horden, ohne daß die Polizei auch nur einmal eingeschritten wäre. Die Deutschen hatte man für rechtlos und vogelfrei erklärt. Das Bandenwesen entwickelte sich genau so wie während des dritten Polenaufstandes im Jahre 1921.

In einzelnen Ortschaften, wie zum Beispiel in Hohenbirken kam es zu so ungeheuerlichen Ausschreitungen gegen Deutsche, daß der vom Völkerbundsrat eingesetzte neutrale Präsident der gemischten Kommission, der Schweizer Calonder, Vorstellungen bei dem polnischen Wojewoden Dr. Craczynski erhob und eine Untersuchung wegen der Vorfälle einleitete, um über das Ergebnis nach Genf zu berichten. In dem von den polnischen Aufständischen besonders hart bedrängten Dorfe Golassowitz mit seiner vorwiegend deutschen Bevölkerung kam es zu einem Verzweiflungsausbruch der drangsalierten Bauern. Sie griffen zur Selbsthilfe und trieben ihre Peiniger in die Flucht. Der Pastor aber mußte sich in Sicherheit bringen, weil er der Rache der Aufständischen bei ihrer Wiederkehr zum Opfer gefallen wäre.

Mit all diesen gegen Deutsche gerichteten Gewaltakten in Polen, besonders aber in Ostoberschlesien, hat sich das deutsche Reichskabinett in einer Sitzung am 24. November 1930 beschäftigt. Es wurde zunächst beschlossen, Material durch den deutschen Generalkonsul in Kattowitz sammeln zu lassen. Dieses Material soll dem Völkerbundsrat unterbreitet und in einer Note auf die drohenden großen Gefahren hingewiesen werden.

Die polnische Regierung hat an der oberschlesischen Grenze Zustände geschaffen, die eine Aufrechterhaltung der Ruhe verhindern und die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen auf beiden Seiten bringen. Es ist noch gar nicht abzusehen, zu welchen Konflikten das Verhalten der polnischen Regierung führen wird. Die völlige Entrechtung der deutschen Minderheit, die systematisch betriebene Hetze der Polen gegen Deutsche, kann auf der Gegenseite sehr leicht zu unbesonnenen Gegenmaßnahmen treiben. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß die polnischen Drahtzieher darauf hin arbeiten, die Deutschen zu unbesonnenen Handlungen zu verleiten, um der polnischen Regierung einen längst erwünschten Anlaß zum Vorgehen zu geben. Der Marschall Pilsudski hat durch sein rücksichtsloses Vorgehen erreicht, daß er im polnischen Senat und Sejm über eine Regierungsmehrheit verfügen kann. Es ist ihm aber nicht gelungen, das gleiche Ziel in der Wojewodschaft Schlesien zu erreichen. Er verfügt im Schlesischen Sejm nur über 19 von 48 Abgeordneten. Pilsudski ist derselben Ansicht wie sein Handelsminister Kwiadkowski, der öffentlich erklärte, Oberschlesien sei der wertvollste Schatz Polens. Er weiß aber auch, daß Oberschlesien nur als ein unteilbares Wirtschaftsgebiet zu betrachten ist. Er wird also, skrupellos wie er ist, alles versuchen, um auch den Teil Oberschlesiens zu gewinnen, der bei Deutschland verblieben ist. Seine und seines willfährigen Wojewoden Polonisierungsbestrebungen sind auf einen durch keine Gewalt zu brechenden Widerstand bei der deutschen Minderheit gestoßen. Er wird weiter versuchen, diesen Widerstand zu brechen. Mit welchen Mitteln, das wird die Zukunft zeigen. Das Spiel, das Pilsudski treibt, ist ein Gefahrenspiel, bei dem er sich auf Frankreichs Hilfe stützt. Die Revisionsbestrebungen Deutschlands, die durch den Reichskanzler und den Außenminister angekündigt worden sind, erstrecken sich auch auf eine Abänderung des Genfer Machtspruchs, durch den Oberschlesien unter Nichtachtung des Abstimmungsergebnisses in zwei Teile zerrissen worden ist.

Am 21. März 1931 jährt sich der Tag zum 10. Mal, an dem die Bevölkerung Oberschlesiens über ihr zukünftiges Geschick durch eine Abstimmung entscheiden sollte. Es hat sich mit großer Mehrheit für ein Verbleiben bei Deutschland entschieden. Entgegen dieser klaren Willensbekundung der Oberschlesier wurde in Genf eine Entscheidung getroffen, durch die der wertvollste Teil des Gebietes mit einer vorwiegend deutsch gesinnten Bevölkerung an Polen fiel. Diese Genfer Entscheidung widerspricht dem klaren Recht, widerspricht dem Anstand und widerspricht, was das furchtbarste ist und die ernsteste Bedrohung des Weltfriedens bedeutet, der Moral der Völker. **Die Genfer Entscheidung ist unter Verletzung wichtiger Formvorschriften zustande gekommen.** Diese Verletzung ist auch nicht nachträglich geheilt, denn die deutsche Regierung hat mehrfach erklärt, daß sie sich der Macht beugt, daß sie aber der Genfer Entscheidung keine verpflichtende Bedeutung zuerkennen kann. Die wichtigste Formverletzung ist durch den § 5 des Grundgesetzes über die oberschlesische Volksabstimmung nachweisbar. Dieses Grundgesetz beruht auf dem Versailler Vertrag und ist dem Artikel 88 dieses Vertrages als Anlage beigefügt. Im angezogenen § 5 steht, daß die Oberschlesien regierende Interalliierte Kommission einen erschöpfenden Bericht über die Abstimmung und dazu einen Vertrag zu liefern hat „über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willenskundgebung der Einwohner, sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Bezirke anzunehmende Grenzlinie". Dieser Bericht der interalliierten Kommission, der im Grundgesetz über die oberschlesische Volksabstimmung und im Versailler Vertrag vorgeschrieben ist, ist niemals geliefert worden. Bei einer Beschlußfassung wäre der französische Vertreter von dem Vertreter Englands und Italiens überstimmt worden und darum wurde eine Beschlußfassung vereitelt. Bevor es zu einer solchen kam, entfesselte Korfanty den dritten polnischen Aufstand und stellte die Welt vor die vollendete Tatsache.

Der Versailler Vertrag ist verletzt worden und diese Verletzung muß wieder gutgemacht werden. Unser Recht und unsere Pflicht ist es, zu verlangen, daß derjenige Teil des Abstimmungsverfahrens, der an diesem Rechtsmangel krankt, als rechtsunwirksam anerkannt wird. Es bedarf einer neuen Entscheidung über das Abstimmungsergebnis. Für diese Forderung muß jeder Deutsche eintreten, der noch einen Lebenswillen bekundet. Auf diese Forderung haben die deutschgesinnten Oberschlesier seit dem zu Unrecht erfolgten Machtspruch des Botschaftsrates hingewiesen und die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V. haben diese Forderung alljährlich an den Gedenktagen der Abstimmung der Oeffentlichkeit gegenüber vertreten. Sie werden an dem 10jährigen Abstimmungsgedenktage, am 21. März 1931, in besonders machtvollen Kundgebungen in Oberschlesien wie im ganzen Reiche, an denen sich alle Deutschen ohne Unterschied der Partei oder Religionszugehörigkeit beteiligen müssen, vom Völkerbund und von der Welt Revision der Genfer Entscheidung verlangen, denn das Recht ist das Fundament der Reiche und ist das Fundament des Völkerfriedens. Polen aber ist im Begriff, dieses Fundament zu zertrümmern. Die Vorgänge der letzten Wochen sind geeignet, eine Weltragödie vorzubereiten von ungeheurem Ausmaß. Auf diese Gefahr hinzuweisen, ist Pflicht und der Gefahr rechtzeitig vorzubeugen und sie abzuwenden, die Aufgabe aller Kulturstaaten der Welt.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V. richten an alle Bevölkerungskreise die dringende Bitte, uns bei diesen Aufklärungsarbeiten zu unterstützen. Mitgliederanmeldungen nimmt die Zentralleitung Berlin SW 11, Schöneberger Str. 11, und jede unserer Ortsgruppe entgegen.

Der Verein der heimattreuen Schlesier, Ortsgruppe Riesa, bittet hierdurch alle im Ort ansässigen Schlesier und Oberschlesier, sich der Ortsgruppe anzuschließen, damit wir auch am 21. März 1931 mit einer stattlichen Anzahl Mitglieder auftreten können. Landsleute, ein letztes Mahnwort, es geht um die Heimat!

Anmeldungen nimmt jederzeit entgegen Herr Schuhmachermeister Josef Lukoschek, Goethestraße 26, sowie jedes Mitglied des Vereins.

Schlußsitzung des Vorbereit. Abrüstungsausschusses.

X Genf. Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß des Völkerbunds hat gestern seine 6. Tagung und damit seine mehr als vierjährige Arbeit, die der Vorbereitung der im Völkerbundspakt vorgesehenen Abrüstung gelten sollte, abgeschlossen.

Das Ergebnis liegt jetzt in Gestalt eines Entwurfes vor, der Grundsätze für ein allgemeines Abkommen über die Rüstungen enthält und die Grundlage für die Arbeiten der künftigen Abrüstungskonferenz, deren Einberufung der Völkerbundsrat im Januar beschließen soll, bildet.

Die zahlreichen Abstimmungen, die im Verlaufe der letzten Tagung stattfanden, haben gezeigt, daß eine nicht unbeträchtliche Minderheit diesen Entwurf nicht für eine befriedigende Lösung des Abrüstungsproblems hält. Die deutsche Delegation hat sich gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit ausgesprochen, weil er das in Versailles geschaffene System der Rüstungsungleichheit aufrechterhält und sich in einzelnen Fragen, wie z. B. derjenigen der ausgebildeten Reserven und des Heeresmaterials, in einer Weise verhält, die praktisch auf eine Aufrechterhaltung, ja sogar auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Rüstungsniveaus hinausläuft.

Die gestrige Schlußsitzung des Ausschusses, die unter großem Andrange des Publikums und der Presse stattfand, begann mit einer grundsätzlichen Erklärung des sowjetrussischen Delegierten Lunatscharski, der die Arbeit des Ausschusses einer schonungslosen Kritik unterzog und sich dabei im wesentlichen auf das bereits vor einigen Tagen veröffentlichte Memorandum der russischen Delegation stützte. Er beantragte, das sowjetrussische Memorandum dem Bericht an den Völkerbundsrat als Anhang beizufügen. Der Vorsitzende Loudon erklärte, er sei nicht in der Lage, dem Wunsche Lunatscharskis zu entsprechen. Massigli-Frankreich sprach sich gleichfalls dagegen aus, während Graf Bernstorff darauf hinwies, daß es in jedem Ausschuß üblich sei, der Minderheit die Möglichkeit eines eigenen Berichtes zu geben. Es wurde darauf beschlossen, die Erklärungen Lunatscharskis im Zusammenhang mit dem Protokoll der Sitzung den Regierungen zuzuleiten.

Der griechische Gesandte in Paris, Politis, feierte den Ausschuß und einige seiner früheren und jetzigen Mitglieder und lobte vor allem Lord Cecil, der an dem Ergebnis der Ausschußarbeiten ein besonderes Verdienst habe. Wenn die Abrüstungskonferenz den Entwurf des Ausschusses annehme, dann sei ein erster Schritt getan, dem andere folgen würden je nach den Fortschritten, die auf dem Gebiete der Sicherheit gemacht würden. Lord Cecil verteidigte seine im letzten Abschnitt der Tagung von den verschiedensten Seiten stark kritisierte Haltung. Der von dem Ausschuß aufgestellte Entwurf sei ein Rahmen, dessen Ausfüllung der Abrüstungskonferenz obliege. Innerhalb dieses Rahmens könnte ein großer Fortschritt erzielt werden. Es sei durchaus möglich, daß die Abrüstungskonferenz weitergehende Forderungen, wie sie namentlich von der deutschen und der russischen Delegation vorgebracht worden seien, verwirkliche.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Vertreter der Vereinigten Staaten, Gibson, angehört, der im Gegensatz zu Lord Cecil die Ergebnisse der Beratungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses ziemlich kühl beurteilte und meinte, die Delegierten hätten keinen Anlaß, sich gegenseitig Glückwünsche auszusprechen. Der von dem Ausschuß aufgestellte Entwurf erfülle durchaus nicht die Erwartungen, die man bezüglich einer Verminderung der Abrüstungen früher gehegt habe. Das Höchste, das erreicht werde, wenn die Abrüstungskonferenz diesen Entwurf annehme, sei eine Stabilisierung der Rüstungen. Auf der Abrüstungskonferenz müßten die einzelnen Regierungen in ihren Konzessionen weitergehen als in den Instruktionen, die sie ihren Delegierten jetzt gegeben hätten. Es sei in der Debatte viel von der öffentlichen Meinung gesprochen worden. Vor allem sei es notwendig, daß die öffentliche Meinung sachlich unterrichtet werde. Die Delegierten hätten auch die Pflicht, ihre Regierungen über die Unzulänglichkeit des Konventionsentwurfes aufzuklären.

Großem Interesse begegneten sodann die Ausführungen des

deutschen Delegierten Graf Bernstorff,

der folgendes erklärte:

„Ich habe die Worte des Vertreters der Vereinigten Staaten mit größtem Interesse gehört und befinde mich grundsätzlich in Uebereinstimmung mit ihm. Ich habe den Bericht angenommen, weil er alle meine Reserven enthält, und ich will auf erledigte Dinge nicht zurückkommen. Sie haben indessen aus den Reserven, die ich gemacht habe, ersehen, daß und warum ich bei meiner Kritik des Entwurfes beharren muß, und daß im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil er nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben einen sicheren Instinkt für Realitäten. Sie werden sich diesen Sinn durch schöne Worte nicht trüben lassen, vielmehr in diesem komplizierten Vertragswerk das Wesentlichste, den starken Willen zur Abrüstung, vermissen.

Die Arbeit der Kommission ist nunmehr beendet, und der Blick der Völker ruht auf der kommenden Konferenz. Mit ihr ist für die Erreichung des Zieles der Abrüstung, für die sich die Regierung mit allen Kräften nach wie vor einsetzen wird, noch diese letzte Chance gegeben. In diesem Punkte ganz besonders befinde ich mich in Uebereinstimmung mit Herrn Gibson. Die historische Aufgabe der Konferenz wird es sein, das Programm in ganz anderer Weise anzufassen, als das bisher geschehen ist und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen. Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie sich getragen fühlt von der öffentlichen Meinung der Welt. In diesem Punkte stimme ich mit Lord Cecil überein. Ich kann daher heute nur noch einmal den dringenden Appell an die Völker richten, dafür zu sorgen, daß ihre Regierungen diese Aufgabe jetzt endlich erkennen und vor ihr nicht versagen. Mögen die Völker nicht vergessen, welche schweren Gefahren am Horizonte erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird."

In der Schlußrede wies der Präsident darauf hin, daß der Abkommensentwurf nunmehr sämtlichen Regierungen zugehe, von denen es jetzt abhänge, ob die Abrüstungskonferenz bald zusammentreten könne.

Die deutsche Abordnung kehrte heute Mittwoch früh nach Berlin zurück.

Amerika gegen die Kriegsschuldlüge

Washington, 10. Dezember.

Ganz unerwarteterweise kam es gestern im Senat zu einer Debatte über die deutschen Reparationen und die Kriegsschuldfrage, als der Senator Copeland den Antrag stellte, einen Artikel über die Revision der Reparationen im Parlamentsbericht zum Abdruck zu bringen. Der deutschfeindliche Senator Reed-Pennsylvania rief, Deutschland habe sich seiner enormen Kriegs- und Vorkriegsschulden durch Inflationen erledigt und seine Gläubiger um ihr Geld gebracht. Sympathie für Deutschland sei nicht angebracht, wenn man bedenke, daß es einen verhältnismäßig geringen Betrag als Rate dafür zahlen müsse, daß es der Zivilisation diesen Krieg aufgebürdet und so viel Unglück über die Welt gebracht habe.

Senator Borah erklärte in seiner Erwiderung an Reed, er stimme der Behauptung Reeds nicht bei, daß Deutschland nicht exzessive Zahlungen zu leisten habe. Denn Deutschland sei bei Kriegsende fast aller seiner Mittel beraubt worden, um diese Reparationszahlungen zu erfüllen, z. B. seiner Handelsmarine und seiner Kolonien. Vor allem aber könne er der Behauptung nicht zustimmen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Frankreich, England und andere Nationen, die zu der politischen Situation von der Marokko-Affäre bis 1914 beitrugen, müßten in gleicher Weise für den Weltkrieg verantwortlich gemacht werden.

Ministerwechsel in Ungarn

Budapest, 10. Dezember.

Der Reichsverweser hat den Minister des Aeußern, Dr. Ludwig Walko, auf sein eigenes Ansuchen von dieser Stellung enthoben. Zum neuen Minister des Aeußern ernannte der Reichsverweser den Kronhüter und Mitglied des Oberhauses, Graf Julius Karolyi.

Im Berliner Westen viel Neues

Im Laufe des gestrigen Abends hatten sich wieder mehrere tausend Demonstranten eingefunden, die den Wittenbergplatz besetzten. Mit Dr. Göbbels trafen noch 54 Reichstagsabgeordnete der NSDAP ein. Als erster sprach der SA-Führer Reichstagsabgeordneter Himmler-München, der in scharfen Worten gegen die Weiterführung des Films „Im Westen nichts Neues" Stellung nahm. Dr. Göbbels wandte sich in seinen Ausführungen besonders gegen die Aktion der Polizei. Die Kundgebung wurde mit dem Deutschlandlied geschlossen, das auch vor Eintreffen der Abgeordneten mehrmals angestimmt worden war. In den Nebenstraßen des Wittenbergplatzes und am Fehrbelliner-Platz hatten ebenfalls große Demonstrationen stattgefunden. Am Lützowplatz fand eine stark besuchte Demonstration nationalsozialistischer Studenten statt. Um 10 Uhr formierte sich **ein riesiger Demonstrationszug, der angeführt wurde von Dr. Göbbels und dem größten Teil der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die geschlossen an der Spitze des Zuges marschierten.** Der Zug bewegte sich, begleitet von riesigen Menschenmassen, zum Kurfürstendamm. Am Café Uhlandseck nahm Dr. Göbbels auf seinem Auto stehend wieder den Vorbeimarsch der Menge ab, der fast eine Stunde währte. Ein großer Teil des Zuges wurde dann in der Uhlandstraße von der Polizei abgedrängt und unter Anwendung des Gummiknüpels aufgelöst, da aus dem Zuge Rufe „Nieder mit der Polizei!" gefallen waren. Der andere Teil des Demonstrationszuges, der aus vielen tausend Menschen bestand, marschierte weiter zum Knie, wo eine weitere Demonstration stattfinden sollte. Da aber eine Demonstration an diesem Verkehrsknotenpunkt zu starken Störungen des Verkehrs geführt hätte, wurde der Zug aufgelöst und in die Seitenstraßen abgedrängt. Es kam dabei zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei in erheblichem Maße vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Die Nationalsozialisten sammelten sich aber immer wieder und gelangten auf Umwegen zum Knie, wo sich gegen halb 12 Uhr große Menschenmengen eingefunden hatten, die den weiten Platz und die anliegenden Straßen dicht besetzt hielten und den Verkehr stark hinderten. Bei dieser Gelegenheit wurden mehrere Personen, die von den Nationalsozialisten für Juden gehalten wurden, angerempelt und geschlagen.

Um Mitternacht herrschte auf dem Platz am Knie große Nervosität, da immer mehr Polizei herangezogen wurde, die von den Nationalsozialisten mit Johlen und Pfeifen empfangen wurde. Nachdem Dr. Göbbels noch eine Rede gehalten hatte, in der er nochmals gegen den Kriegs-Film sprach, trat Ruhe ein und die Demonstranten zogen truppweise ab. Der Reichstagsabgeordnete Fabricius wurde zwangsgestellt, da er den Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, an der Ausübung seines Dienstes behindert haben soll.

Auswärtiges Amt und Remarque-Film.

Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß das Auswärtige Amt die weitere Zulassung des Films „Im Westen nichts Neues" aus außenpolitischen Gründen befürwortet habe. Wie wir erfahren, trifft diese Darstellung nicht zu. Es liegt vielmehr Grund zu der Annahme vor, daß das Auswärtige Amt, wenn es bei der bevorstehenden Verhandlung vor der Filmoberprüfstelle nochmals gehört wird, einen durchaus gegen die Weiterführung des Films einzustellenden Standpunkt einnehmen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.

Tagung des Sächsischen Industrie- und Handelstags.

Am 5. ds. Mts. traten die sächsischen Industrie- und Handelskammern zur diesjährigen Tagung des sächsischen Industrie- und Handelstages zusammen und beschäftigten sich in Gegenwart mehrerer Vertreter der sächsischen Regierung mit einer Reihe wichtiger Gegenwartsfragen. Dabei wurden u. a. folgende

Entschließungen

gefaßt:

Entschließung des Sächsischen Industrie- und Handelstags an den Staatsrat des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. 12. 1930.

I.

Die zum Sächsischen Industrie- und Handelstag vereinigten Industrie- und Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau erblicken in der von der Notverordnung des Reichspräsidenten angeordneten Gehaltskürzung — in voller Würdigung der dadurch von den öffentlichen Beamten und Angestellten geforderten Opfer — eine der nach Lage der Dinge unvermeidlichen Maßnahmen zur Gesundung der öffentlichen Finanzen und damit der Wirtschaft. Sie erklären sich, ohne auf die wegen ihrer Anwendbarkeit auf die Kammern auftauchenden verfassungs- und beamtenrechtlichen Bedenken und Zweifel einzugehen, im Einvernehmen mit ihren Beamten und Angestellten freiwillig bereit, die vorgesehenen Kürzungen in ihrem Bereich ausnahmslos durchzuführen.

III.

Der Sächsische Industrie- und Handelstag erwartet von der sächsischen Regierung, daß sie die im vierten Teile der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 für das Rechnungsjahr 1931 angeordnete Senkung der Grundsteuer um 10 Prozent und der Gewerbesteuer um 20 Prozent bei Land und Gemeinden in vollem Ausmaße durchführt, zumal da der aus der sächsischen Mietzinssteuer entfallende Wohnungsbauanteil dazu ohne weiteres ausreicht.

Weiter ersucht er die sächsische Regierung, von den nachstehenden, ihr durch den dritten Teil der Notverordnung eingeräumten Befugnissen für die Ausgestaltung der Realsteuern keinen Gebrauch zu machen:

a) Freistellung der im Eigentum einer öffentl. Körperschaft stehenden Steuergegenstände von der Grundsteuer und der Gewerbesteuer gemäß § 4 des Kap. II und § 7 des Kapitel III.

b) Unterschiedliche Belastung von landwirtschaftlichen und sonstigen Grundstücken mit der Grundsteuer durch Land und Gemeinden gemäß § 8 Ziffer 2 des Kap. II.

c) Festsetzung des Umlagesatzes der Grundsteuer nach § 8 Ziffer 3 des Kap. II und der Gewerbesteuer nach § 28 Ziffer 3 des Kap. III durch das Land für unbestimmte Zeit und Zulassung gleicher Festsetzungen durch die Gemeinden.

d) Erweiterung der künftig nach Reichsrecht geltenden Gewerbeertragssteuer durch eine Lohnsummensteuer gemäß § 19 des Kap. III.

IV.

Entschließung des Sächsischen Industrie- und Handelstages zur Aktienrechtsreform.

Der Sächsische Industrie- und Handelstag erkennt das Bedürfnis nach Anpassung des Aktienrechts an die durch die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte veränderten Verhältnisse an. Er begrüßt den hierbei im vorliegenden Referentenentwurfe eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien beschrittenen Weg, die betreffenden Bestimmungen einer größeren Klarheit und Uebersichtlichkeit wegen aus dem Handelsgesetzbuch herauszunehmen und durch ein besonderes Gesetz zu verselbständigen.

Der Sächsische Industrie- und Handelstag nahm zu den Hauptfragen des Entwurfs, wie Erweiterung der Kapitalbeschaffungsmethoden, der Generalklausel, der Erhöhung der Publizität und der Erweiterung des Aktionärschutzes Stellung, er erklärte sich mit den Grundzügen des Entwurfs einverstanden. Er beschloß, zu einer Reihe von Einzelpunkten Abänderungswünsche vorzubringen. Dabei wurde u. a. gegen die in dem Entwurfe zu Tage getretene Tendenz Stellung genommen, den Wirkungsbereich der amtlichen Berufsvertretungen gegenüber dem geltenden Recht einzuschränken.

Beilegung des Konflikts in der Bielefelder Metallindustrie.

Berlin. (Funkspruch.) In dem Mantel- und Lohntarifstreit in der Bielefelder Metallindustrie fanden vorgestern und gestern die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Sie endeten mit einer Vereinbarung der Parteien, auf der Grundlage des Schiedsspruches vom 1. Dezember 1930, wonach eine Lohnsenkung der tariflichen Akkordrichtsätze um 5 Prozent, der Stundenlöhne um 3 Prozent eintritt. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden; Maßregelungen aus Anlaß des Streiks sollen nicht erfolgen.

Reichstagung der Mieter.

vbz. Berlin. Auf Einladung des Reichsbundes Deutscher Mieter waren in Berlin zahlreiche Vertreter der Mieterschaft aus dem ganzen Reiche versammelt, um zur Notverordnung des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Die Versammelten protestierten einmütig gegen die Verfürzung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel und gegen den geplanten Abbau des Mieterschutzes; sie forderten erneut die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Diese Forderungen wurden durch Deputationen sämtlichen Reichstagsfraktionen übermittelt.

Ganz Frankreich blickt auf ihn

und die Pariser Journalisten bestürmen ihn mit Fragen: den Senator Pierre Laval (Mitte), der die schwierige Aufgabe hat, das neue französische Kabinett zu bilden.

Politische Tagesübersicht.

Demonstrationsverbot in Berlin. Wie wir erfahren, wird der Polizeipräsident heute mittag mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen wegen des Kriegsfilms „Im Westen nichts Neues" abgehaltenen Demonstrationen, durch die mehrere Stadtteile allabendlich beunruhigt wurden, ein Verbot für Demonstrationen aller Art verfügen.

Der Völkerbund untersucht die belgische Nebelkatastrophe. Bei der belgischen Regierung ist eine Aufforderung der Hygieneabteilung des Völkerbundsekretariats eingegangen, ihr so bald wie möglich einen genauen Bericht über das Unglück, das die Bevölkerung des Maastales betroffen hat, zugehen zu lassen.

Französische Flottenmanöver auch im Atlantischen Ozean. Zu gleicher Zeit wie im Mittelmeer finden auch im Atlantischen Ozean an der westfranzösischen Küste umfangreiche Flottenmanöver statt, an denen die Marineflieger in weitem Maße beteiligt ist. Das gesamte zweite Geschwader ist am Montag aus Brest ausgelaufen und wird erst am 19. Dezember wieder zurückkehren. Außerdem nehmen zwei Divisionen Torpedobootszerstörer und eine Reihe von Unterseebooten an den Uebungen teil. Die Fliegerei wird sowohl im Zusammenhang mit den Flottenmanövern wie auch in einem reinen Angriffsmanöver auf den Kriegshafen in Erscheinung treten.

Von 8 bis 9 Uhr vormittags Branntweinausschank in Preußen verboten. Das preußische Ministerium des Innern hat, wie die Blätter erfahren, eine Polizeiverordnung für Preußen erlassen, durch die der Branntweinausschank vor 9 Uhr morgens, also für die Zeit von 8 Uhr bis 9 Uhr morgens, verboten wird.

Neue deutsche Ostnote gefordert. „Der Jungdeutsche", das Organ der Volksnationalen Reichsvereinigung, beschäftigt sich mit der deutschen Außenpolitik und erklärt dazu u. a.: „Ueber kurz oder lang wird Dr. Curtius unbedingt einem anderen Manne Platz machen müssen, der in der Außenpolitik mit mehr Fingerspitzengefühl arbeitet. Das mindeste, das man jetzt von der Regierung erwarten muß, das ist eine Ergänzung der deutschen Note an den Völkerbund, deren flaue Wirkung durch den Hinweis auf die fortdauernden polnischen Gewaltmaßnahmen in eine kräftigere Tonart umgewandelt werden muß. Inzwischen sind seit der ersten Note viele Dutzende neuer polnischer Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit bekannt geworden. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, der Welt diese Schande Polens erneut klar zu zeigen.

Oberschlesien-Delegation im Reichstag. Der Wunsch der Reichsregierung, vorläufig keine außenpolitische Debatte zu veranstalten, ist unterstützt worden durch eine Delegation aus Oberschlesien. Unter Führung des Oberpräsidenten von Oberschlesien, Lukaschek, sind Vertreter sämtlicher Parteien, auch der Nationalsozialisten, in Berlin eingetroffen, um einmal dem Reichstag über die Lage in Deutsch-Oberschlesien Bericht zu erstatten, dann aber auch den dringenden Wunsch auszusprechen, vor der Genfer Ratstagung im Januar, die sich mit dem deutschen Protest wegen der Unterdrückung unserer Minderheit in Polen zu beschäftigen, auf eine außenpolitische Diskussion im Reichstag zu verzichten.

Abg. Schwecht legt sein Reichstagsmandat nieder. Gemäß einem Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes hat der Reichstags- und preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm Schwecht, der den Wahlkreis Köln-Aachen vertritt, sein Reichstagsmandat niedergelegt. Die Partei wünscht, daß im Interesse der Vermeidung von Kräftezersplitterungen keine Doppelmandatare mehr in ihren Reihen sind.

Zurückweisung von Angriffen gegen die Neuregelung der Krisenfürsorge.

X **Berlin.** Die Neuregelung der Krisenfürsorge vom 5. November ds. Js. ist in letzter Zeit insbesondere wegen der Einschränkung der Fürsorgeleistungen angegriffen worden. Dabei wird aber verkannt, daß nach den neuen Vorschriften die Fürsorge in Zukunft den Ausgesteuerten sämtlicher Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste gewährt werden kann, während bisher nur ganz bestimmte Berufsgruppen zugelassen waren. Eine solche Erweiterung des Personenkreises war bei der Finanzlage des Reiches nur möglich, wenn auf der anderen Seite gewisse Einschränkungen bei den Leistungen der Fürsorge vorgenommen wurden. Aus demselben Grunde mußten auch die Nebeneinnahmen mehr als bisher angerechnet werden. Denn die Absicht, möglichst vielen die Fürsorge zuteil werden zu lassen, ließ sich unter den gegenwärtigen Umständen nur dann erreichen, wenn Leistungen, die der Not der Zeit entsprechen, auch nur den wirklich Bedürftigen gewährt werden. Es ist auch nicht möglich gewesen, Personen mit kurzer Anwartschaft in der Krisenfürsorge zu belassen. Diesen muß, soweit sie bedürftig sind, im Wege der öffentlichen Fürsorge geholfen werden.

Aerzte protestieren gegen die Notverordnung.

vbz. Berlin. Im Bismarcksaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin kamen am Dienstag Vertreter der deutschen Aerzteorganisation, nämlich des Deutschen Aerztevereins-Bundes, ferner des Hartmann-Bundes, der deutschen Aerztekammern und der Medizinischen Fakultäten, zusammen um in Anwesenheit von Behörden- und Parlamentsvertretern gegen die Notverordnung vom 1. Dez., soweit sie sich mit Krankenscheingeld und anderen Bestimmungen über die Krankenversicherung beschäftigt, zu protestieren. Der Vorsitzende, Dr. Stauder-Nürnberg, meinte, die Deutsche Aerzteschaft werde einer unerträglichen Bedrückung ausgesetzt und die Notverordnung lähme ihre Berufsfreiheit. Nach weiteren Ansprachen wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Einschränkung der ärztlichen Freiheit wendet und zum Ausdruck bringt, daß bei Bestehenbleiben der Verordnung die deutsche Aerzteschaft „zur Opposition gegen das heutige System der Krankenversicherung" gezwungen werde, dessen Aenderung der Stand mit allen zulässigen Mitteln erkämpfen werde.

Die Wirtschaftspartei verlangt . . .

vbz. Berlin. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag zahlreiche Anträge eingebracht, in denen u. a. die Aenderung des Arbeitsgerichts-Gesetzes dahin gefordert wird, daß vor den Arbeitsgerichten als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände auch Rechtsanwälte und Personen zugelassen werden, die das Verhandeln vor Gericht gewerbsmäßig betreiben. — Weiter wird ein Gesetzentwurf gewünscht, der die auf freiwilliger Grundlage geschaffene Alersfürsorge bezw. Rentenversicherung, soweit in den Satzungen ein Rechtsanspruch besteht, ebenso von der Versicherungssteuer befreit, wie der gesetzliche Versicherungsschutz der Arbeiter und Angestellten davon befreit sei. — Einige andere Anträge dieser Fraktion wünschen Milderung der Bestimmungen des Viehseuchen-Gesetzes und Aufhebung jener Bestimmungen, wonach Anträge des selbständigen Viehhandels auf Gewährung von Frachtrückvergütungen an die genossenschaftliche Reichs-Viehverwertung zur Prüfung einzusenden sind. Diese Anträge will man lieber direkt der zuständigen Behörde einreichen, weil sonst Geschäftsgeheimnisse des Viehhandels leicht zur Kenntnis der Konkurrenz kommen könnten. — Schließlich verlangt die Wirtschaftspartei die Aufhebung mit rückwirkender Kraft des Reichs-Enteignungsgesetzes vom 3. Mai 1920 und bessere Sicherung für die Ueberlassung von öffentlichen Aufträgen an lokale private Unternehmungen des betreffenden Wirtschaftsgebietes.

•

Deutsch-Volksparteiliche Anträge.

vbz. Berlin. Die Deutsche Volkspartei verlangt in einem Antrag im Reichstag die Vorlegung einer Novelle zur Reichsversicherungsordnung, wodurch den Trägern der Krankenversicherung untersagt werden soll, die Eigenversorgung mit Heil- und Korrektionsmitteln, wie Brillen, Bandagen usw., zu betreiben, weil dadurch weite Kreise des Mittelstandes geschädigt und die Krankenkassen finanziell und grundsätzlich „auf bedenkliche Abwege" gedrängt würden. — Zur Verteilung der Wohnungsmittel für 1931 verlangt die gleiche Fraktion angemessene Berücksichtigung solcher Bauvorhaben, für die nachweislich schon vor der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 Aufwendungen, z. B. durch Erwerb von Grundbesitz usw., gemacht wurden.

Sozialdemokratische Novelle zur Beamtenbesoldung.

vbz. Berlin. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Initiativ-Gesetzentwurf zur Aenderung der in der Notverordnung enthaltenen Bestimmungen über die Kürzung der Gehälter eingebracht. Es wird vor allem für die vom 1. Februar 1931 ab in Kraft tretende Gehaltskürzung bei den Reichsbeamten, Warte- und Ruhegeld-Empfängern eine Staffelung dahin gewünscht, daß statt der in der Notverordnung vorgesehenen generellen Kürzung um 6 %, die Gehaltsabstriche wie folgt durchgeführt werden: Bei einem Jahresbetrag des Einkommens bis 3000 RM. um 4 %, bei einem solchen von 3000 bis 4000 RM. um 5, von 4000 bis 5000 um 6, von 5000 bis 8000 um 8 und über 8000 RM. um 10 %. Aehnliche Staffelungswünsche werden zu der Kürzung der Gehälter und Löhne der im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter aufgestellt.

Die Behandlung von Mißtrauensanträgen im Reichstag.

vbz. Berlin. Nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedürfen bekanntlich der Reichskanzler und die Reichsminister des Vertrauens des Reichstages. Der Reichstag kann auf Grund von Anträgen die Entziehung des Vertrauens beschließen. Ueber die Behandlung der Mißtrauensanträge im Reichstag bestimmt die Geschäftsordnung, daß solche Anträge unter der Voraussetzung, daß sie von 15 Mitgliedern gestellt sind, sowohl selbständig gestellt oder zu einem Gegenstande der Tagesordnung eingebracht werden. Wird ein solcher Antrag nicht selbständig eingebracht, so bestimmt die Geschäftsordnung weiter, daß darüber frühestens am Tage nach der Besprechung abgestimmt werden darf. Ueber die Behandlung der als selbständige Anträge eingebrachten Mißtrauensanträge besagt also die Geschäftsordnung nichts weiteres. Eine ähnliche Vorschrift, wie diejenige, welche für Preußen in der preußischen Verfassung besteht, daß über Mißtrauensanträge spätestens innerhalb 14 Tagen vom Landtag entschieden werden muß, besteht für das Reich nicht.

•

Deutschnationale Mißtrauensanträge.

vbz. Berlin. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat zwei Mißtrauensanträge gegen die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus eingebracht.

Nachricht von der deutschen Grönland-Expedition.

X **Hamburg.** Wie dem Hamburger Fremdenblatt von einem Leser des Blattes mitgeteilt wird, habe dieser gestern ein privates Telegramm von einem Teilnehmer der deutschen Grönland-Expedition erhalten. Das Telegramm ist aufgegeben von der Wetterstation am 2. Dezember. Demnach dürften die Befürchtungen über das Schicksal der Expedition tatsächlich unbegründet sein.

Poppitz – Mergendorf

Am 12. Dezember, abends 8½ Uhr
Öffentl. Versammlung im Restaurant „Stadt Riesa" in Poppitz
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Riesa

Amtliches.

Handel und Offenhalten der Verkaufsstellen vor Weihnachten.

Wir geben hiermit bekannt, daß am **14. und 21. Dezember 1930** der Handel und die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in allen Geschäftszweigen von **11 bis 18 Uhr** zulässig ist.

Ferner weisen wir noch darauf hin, daß am **21. Dezember 1930** die Ausübung des Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gewerbes in der Zeit von **13 bis 17 Uhr** stattfinden darf.

Am heiligen Abend (24. 12.) sind nach reichsgesetzlichen Bestimmungen die Verkaufsstellen um **17 Uhr** zu schließen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. Dezember 1930.
— Polizeiamt —

Donnerstag, den 11. Dezember 1930, vormittags 10 Uhr, sollen in Gröba, Restaurant zur Wartburg, 1 Pianino, 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Sofa mit zwei Sesseln, 1 Korbwagen, 1 Barkwagen und 1 Auto, Marke Brennabor, 6/25 PS, versteigert werden.

Riesa, am 10. Dezember 1930.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Versteigerung.

Freitag, 12. Dezember, von 2 Uhr ab, kommen durch mich in **Riesa, Hotel zum Stern,** für Rechnung wen es angeht, folgende neue Stoffe zur Versteigerung, als: **Plusch, Seiden-Voile, -Chiffon, -Krepp, Velontine, Futterseide u. a.**

Riesa, Klößerstr. 11, am 10. Dezember 1930.
Paul Jähnig, verpfl. Auktionator u. Taxator.

Vereinsnachrichten

Volksnationale Reichsvereinigung. Donnerstag, 8 Uhr, Elbterrasse, Mitgliederversammlung.

Zu einem Anfang Januar beginnenden

Separat-Tanzkursus

werden Herren und noch einige Damen gesucht. Anmeldungen Bismarckstr. 24 I., von 13-14 u. 18-19 Uhr erbet. Hochachtend **Fr. M. Rühr,** Tanzlehrerin.

Als Weihnachts-Geschenke
ferner in größter Auswahl:
Elegante Stielbrillen
Theater- und Reisegläser
Lupen und Lesegläser
Barometer und Thermometer
Den Zeitverhältnissen entsprechend billigste Preise!

Achtung! Achtung!

Milch-Preisabbau

Ich komme ab morgen täglich nach Zeithain-Lager mit bester pasteurisierter

Vollmilch Ltr. 23 Pfg.

und führe mit, tägl. frische Tafelbutter und verschiedene Sorten Käse.
Um gütigen Zuspruch bittet
Dampfmolkerei Wülknitz.

Geschäfts-Eröffnung

Der geehrten Einwohnerschaft von Riesa zur gefälligen Kenntnis, daß wir morgen Donnerstag in unserem Grundstück, Parkstraße 28, ein

Kolonial-, Delikatessen- u. Südfrucht-Geschäft mit Schweine-Schlächterei

eröffnen. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, unsere Kundschaft mit nur guter, einwandfreier Ware zu dienen und bitten, unser Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
Ernst Leopold und Frau Alma geb. Despang

Donnerstag Schlachtfest, von nachm. 5 Uhr an frische Wurst

Wer für wenig Geld angenehme Weihnachtsgeschenke machen will, muß sich die ausgestellten Teppiche, Brücken, Läufer, Läuferstoffe, Tischdecken, Bettdecken, Schlafdecken, Divandecken, Steppdecken, Seidendecken, Wandbehänge, Linoleumteppiche, Balatumteppiche, Linoleumläufer, Balatumläufer, Koffer, Reisetaschen, Einkaufsbeutel, Briefmappen, Aktentaschen u. dergl. Tischlinoleum, Tischwachstuche, abwaschbare Ledertuch-Tischdecken und -Schoner und viele dergl. Artikel bei Ernst Mittag, Hauptstraße 72 am Capitol, ansehen und kaufen. Riesenhafte Auswahl! Niedrige Preise! Rabattmarken!

Das **VERTRAUEN** *meiner Kundschaft,*

auf das ich stolz bin, bürgt Ihnen bei der Wahl eines Edelsteines für Güte und Wert wie auch sorgfältigste Verarbeitung. Sehen Sie sich auch bitte meine reiche Auswahl in Alpina Uhren an.

A. Herkner
Inh. Johannes Kühnert
Hauptstraße 58
Verkaufsstelle der Alpina-Gruppe Uhrenfabriken

Wir versch[illegible]endern, zwecks Einführung
5000 Zentner Lebkuchen.
1 großes Riesen- — ca. 10 Pfund — Postpaket (schöne Weihnachtspackung), echte feine Nürnberger Lebkuchen, fein sort., Dessert-Gebäck etc. zum Spottpreis von nur 6.90 Mk. Nachnahme.
Lebkuchenfabrik Schmidt in Nürnberg E. 81.

Neue Gemüse-Konserven
in Ia bekannter Qualität zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt
Ernst Schäfer Nachf.

Täglich garantiert frische
Trinkeier
gibt laufend ab
Gasthof Johnishausen.

Magenleidend?
Bei Magenleiden jeder Art, wie Magenkrampf, Magenschmerzen und deren Folgen, so Unverträglichkeit, Appetitlosigkeit, nervösem Magen, Erbrechen, Stuhlverstopfung, Gemütsleiden wirkt der über 40 Jahre bewährte
Hubert Ullrich'sche Kräuterteile
infolge der eigenartigen, glücklichen Zusammensetzung auf die Magensäfte und den Gesamtstoffwechsel. Zu haben in Flaschen zu 2.75 RM. und 4 RM.; 1 Liter zu 7.50 RM. in allen Apotheken.

Weihnachts-Sonder-Angebot
30 Monatsraten
ohne Anzahlung, 1. Rate März 1931
Spesenfrei nach allen Orten Deutschlands liefert erste Möbelfirma an Kreditwürdige
Schlaf- Speise- Herren- Zimmer moderne Küchen
Gefl. Anfrag. unt. P 262a an das Tageblatt Riesa.

Private Drucksachen
werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von Tageblatt-Druckerei Riesa, Goethestr. 59.

Runkelrüben
verkauft laufend Riesa, Bismarckstr. 26.

Christbaum-Kerzen
in Stearin, Composition und Paraffin, div. Stärken.
Ernst Schäfer Nachf.

Morgen Donnerstag
Schlachtfest.
ab 5 Uhr Wellfleisch
Freitag früh frische Wurst.
Herm. Grünberg, Altmarkt.

Gesunden Schlaf starke Nerven
durch regelmäßigen Genuß von **Mate „Bremer Schlüssel-Tee"**
Tausende ziehen ihn wegen seiner anregenden aber nie aufregenden Wirkung Kaffee und chin. Tee vor. Ueberzeugen Sie sich selbst!
1/4 Pfd.-Paket RM. 0.95
1/2 Pfd.-Paket RM. 1.80
Bestimmt zu haben:
Med.-Drogerie A. B. Hennicke
Hauptstraße 4.

Am Sonnabend, den **13. Dezember 1930,** nachmittags **5 Uhr** verkaufe ich im **Kreischer Gasthof (Wöhl)** in einzelnen Parzellen das dem Rittergut Fichtenberg gehörige

Grundstück Rusteimark

zu günstigen Bedingungen. Der Notar ist anwesend.
Otto Jungnickel
Burxdorf
bei Mühlberg/Elbe.

Suche
5000—6000 RM.
als erste Hypothek auf größeres Bauerngut. Gefl. Offerten erbet. unt. G [illegible] an das Tageblatt Riesa.

---

ff. engl. Vollheringe
vorzüglich im Geschmack
10 Stück 75 Pfg.
5 Stück 40 Pfg.
Jeb. Mittwoch u. Freitag ab 4 Uhr
ff. geräuch. Heringe.
Ernst Schäfer Nachf.

Backbutter
kaufen Sie gut und billig in den Geschäften der
Neuen Molkerei
Schillerstraße 7a, Großenhainer Str. 9 am Gabelbach, in Göhra: Kirchstr. 4.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfiehle

hochfeine Weizenmehle

ff. Weizenmehl b. 5 Pfd. je 27 Pfg.
feinstes Backmehl b. 5 „ „ 30 „

ff. Sultanin

1 Pfd.	95	85	75	65	60	50	40
b. 5 Pfd.	93	83	73	63	58	48	38

ff. Rosinen

1 Pfd.	70	58
b. 5 Pfd.	68	53

ff. Corinthen

1 Pfd.	55	45
b. 5 Pfd.	53	43

ff. Bari-Mandeln

süß	135 Pfg.	bitter	135 Pfg.
handgem. süß	160 „	handg. bitter	160 „
Riesen, süß	175 „	Riesen, bitter	175 „

Mandel-Ersatz (Kokosraspel), süß 48 Pfg.
Aprikosenkerne, gem. 76 Pfg.

ff. gem. Alten Zucker
vorzüglicher Backzucker
Pfd. 30 Pfg., b. 5 Pfd. 29 Pfg.
Alten gem. Zucker Pfd. 28 Pfg.
feinste Raffinade „ 34 „ b. 5 Pfd. 33 Pfg.
ff. Puder-Raffinade „ 38 „
ff. Würfel-Zucker „ 38 „ „ 5 „ 37 „

hochfeine Margarine

Pfd.	100	75	70	62	58	50
b. 5 Pfd.	98	73	68	60	56	49

Palmin Cocosfett
ff. Schweineschmalz
Citronat Pfd. 135 u. 140 Pfg.
Citronen Stück von 7 Pfg. an
ff. Molkerei-Butter
ff. Schmelzmargarine, vorzügl. zum Backen
alle Backgewürze ganz frisch

Ernst Schäfer Nachf.

1. Geschäft Ecke Haupt- u. Poppitzer Str. — **Riesa** — 2. Geschäft Rathausplatz

Auf vorstehende Preise gebe noch 4 % Rabatt.

Elbterrasse.
Morgen Donnerstag Schlachtfest.
Ab 10 Uhr Wellfleisch, abends die üblichen Schlachtgerichte, sowie frische Wurst in bekannter Güte.
Hierzu ladet ein **W. Freygang.**

Riesaer Kloster-Likör
patentamtlich geschützt
aus heilkräftigen Gebirgskräutern destilliert.
Magenstärkend.
Verdauungsfördernd.
Nur echt in Originalfüllung. Allein. Hersteller:
Paul Starke, am Rathausplatz

Doppelter Preisabbau.
Ware noch besser - Preise herabgesetzt

Bettfedern-Ausstellung

der bekannt. ältesten Bettfedern-Firma d. Oderbruches
J. Graupe, Neutrebbin
findet wieder statt in Riesa, am Donnerstag, den 11. Dezember, von vorm. 10 bis abends 6 Uhr im
Hotel z. Stern, am Altmarkt.

Oeffentliche Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Großenhain

am 8. Dezember 1930.

Eröffnung vormittags 10 Uhr durch Herrn Amtshauptmann Fellisch mit Worten der Begrüßung und der Feststellung ordnungsmäßiger Einberufung der Sitzung.

Unter Mitteilungen bringt der Herr Amtshauptmann zunächst zur Kenntnis, daß lt. Nachrichtenblatt des Verbandes der Bezirks-Verbände die staatlichen Wegebau- und Wegeunterhaltungs-Unterstützungen für 1930 nun doch in Höhe von insgesamt zwei Millionen Mark verteilt worden seien. Was auf den hiesigen Bezirks-Verband entfalle, sei noch nicht bekannt. Weiter kommt eine Verordnung des Innenministeriums vom 29. 10. 1930 zur Verlesung betr. Erteilung von Genehmigung zur Uebernahme von Gemeindebürgschaften für Darlehen von der Landesversicherungsanstalt. Hierzu bemerkte Herr Amtshauptmann Fellisch, daß man sich bei der Notlage der Siedler, die gebaut haben, ohnehin nicht mehr dafür einsetzen könne, solche dahingehende Einzelgesuche zu befürworten, es sei denn, daß es sich um ganz dringliche Notfälle handle. Mit Befremden nahm der Bezirksausschuß Kenntnis von der Aufhebung der Genehmigungsversagung der Schankkonzession an Neumeister-Medingen durch die Kreishauptmannschaft. Die Amtshauptmannschaft bezw. der Bezirksausschuß hatte bereits zum zweiten Male die Genehmigung der Konzession versagt, da eine Bedürfnisfrage nicht für vorliegend erachtet wurde. Auf Anregung des Herrn Stadtrat Heinze wurde beschlossen, der Kreishauptmannschaft das Befremden wegen dieser gegensätzlichen Stellungnahme zur Ansicht des Bezirksausschusses zum Ausdruck zu bringen, da hierdurch nicht gerade das Ansehen einer Beschlußbehörde gestärkt werde. Schließlich kam die fehlende Fernsprechgelegenheit und die Möglichkeit, Postwertzeichen zu kaufen im Bahnhof Priestewitz, zur Sprache. Bei diesem Anlaß bemängelte Herr Stadtrat Heinze das Fehlen einer Gelegenheit sowohl in Großenhain als auch anderorts, zu jeder Zeit Postfreimarken kaufen zu können (Markenautomaten) und empfahl, sich dieserhalb mit der Postverwaltung wegen Abstellung dieses Mangels in Verbindung zu setzen.

Punkt 2 Kapitelüberschreitungen im Rechnungsjahr 1929 wurde abgesetzt, da erst noch den Abgeordneten die zahlenmäßige Uebersicht dazu zugeleitet werden soll.

Punkt 3 Haushaltplanüberschreitungen der Stadt Großenhain in den Rechnungsjahren 1928 und 1929, Wohlfahrtspflege betr. und Punkt 4 Nachforderung der Stadt Großenhain für den Wohlfahrtshaushaltplan 1930 in Höhe von 48 000 Mark werden zusammen beraten. Zu Punkt 4 soll bei der Durchberatung des Nachtragshaushaltplanes des Bezirksverbandes Stellung genommen werden. Wegen der Ueberschreitungen 1928/29, die zirka 50 000 Mark betragen, soll zufolge Beschluß des Finanzausschusses in eine sachliche Nachprüfung der Angelegenheit eingetreten werden. Das Prüfungsergebnis soll dann mit der Meinung der Bezirkshauptmannschaft dem Bezirksausschuß zur Kenntnis gebracht werden und weitere Entschließung wird folgen. Auf Betreiben des Herrn Ersten Bürgermeister Hotop wird der betr. Finanzausschuß-Beschluß in seinem zweiten Teile, der nach den Mitteilungen des Herrn Amtshauptmanns eine vorsorgliche Ablehnung der städtischen Wohlfahrtspflege-Ueberschreitungen 1928 und 1929 vorsieht, dahin abgeändert, daß die Anerkennung der Ueberschreitungen einstweilen abgelehnt wird, eben bis zur Prüfung der Materie. Bei der Beschlußfassung enthalten sich die beiden städtischen Vertreter der Stimme.

Unter Punkt 5 kommt ein Antrag der städtischen Kollegien von Großenhain zur Sprache, die Unterstützungsrichtsätze für Fürsorge-Empfänger ab 1. November nach der gehobenen Fürsorge zu gewähren. Herr Amtshauptmann Fellisch gab dazu Erklärungen ab.

Der Amtshauptmann führte hierzu noch aus, daß die Bezirksverwaltung gern helfend und aufbessernd eingreifen würde, wenn die finanziellen Vorbedingungen auch nur im geringsten gegeben seien. Herr Stadtrat Heinze unterstrich die Notwendigkeit, dem Elend zu steuern, mit größter Eindringlichkeit und meinte, es müßten Wege gefunden werden, Mittel hierfür flüssig zu machen. Der Antrag der städtischen Kollegien wurde gegen die drei Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung des Herrn Ersten Bürgermeister Hotop abgelehnt.

Im Anschluß hieran erbat der Herr Amtshauptmann die Ermächtigung, wie in anderen Jahren über eine Summe von 3000 Mark zur Linderung besonders schwerer Notfälle unter individueller Bearbeitung der Unterstützungsfälle verfügen zu dürfen. Der Betrag soll aus dem Kap. 15, 4 (Fürsorge für Hilfsbedürftige), entnommen werden, das natürlich an sich überschritten sei. In Verbindung mit dieser Sache kamen die Punkte 6: Gewährung von Winterbeihilfen an Sozialrentner und Fürsorgeempfänger (Eingabe des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden), 8: Gewährung einer Weihnachtsunterstützung an den Bund der Kinderreichen, Ortsgruppe Großenhain, 18: Gewährung einer Beihilfe an den Selbsthilfebund der Körperbehinderten, Landesverband Sachsen, zu Dresden, zur Beratung, desgl. ein allerdings zunächst nur mündlich vorliegendes Ersuchen des hiesigen Ortskartells der Gewerkschaften um Winter- bezw. Weihnachtsbeihilfen. Hierzu bittet der Herr Amtshauptmann um Ablehnung der Gesuche, da eben Mittel nicht zur Verfügung stehen, hingegen ihm 3000 Mark zu genehmigen wie schon vorerwähnt. Diese Bitte wird von Herrn Dr. Trott zum Antrag erhoben, wogegen Herr Bürgermeister Weinhold beantragt, die Verfügungssumme auf 6000 Mark zu erhöhen. Diesen Antrag unterstützt Herr Stadtrat Heinze nachdrücklich. — In der (von Herrn Stadtrat Heinze einzeln nach Punkten gewünschten) Abstimmung werden die Ansuchen unter Punkten 6, 8, 18 und desjenigen des Ortskartells der Gewerkschaften mit Mehrheit abgelehnt. Desgleichen verfällt der Antrag Weinhold (6000 Mark dem Amtshauptmann für Beihilfen zur Verfügung zu stellen) mit Mehrheit der Ablehnung. — Der Antrag Trott, welcher 3000 Mark für besondere Beihilfen vorsieht, wird einstimmig angenommen.

Genehmigung fand die Weihnachtsfeier in der Bezirkspflegeanstalt am 23. Dezember, wozu 250 Mark wie jedes Jahr bewilligt wurden; das Ortsgesetz über die Wasserversorgung der Gemeinde Großraschütz; ein Gesuch des Gaststättenbesitzers L. Richter-Radeburg zur Errichtung einer Kleinviehschlächterei-Anlage im Grundstück Ortsl.-Nr. 245 zu Radeburg (bedingungsweise); Veräußerung der mit Bezirksverbands-Hypotheken belasteten Grundstücke Blatt 161/162/163/164 des Grundbuchs für Poppitz und Verzicht auf das Vorkaufsrecht; Sicherstellung eines 1927 aus Bezirksmitteln gewährten Baudarlehns an Gemeinde Gröditz in Höhe von 15 000 Mark gemäß dem Vortrag des Herrn Regierungsrat Härtel; Pfandentlassung eines Trennstückes des Flurstücks Nr. 82 Flurbuchs für Strauch, das mit einer Bezirkshypothek belastet ist (bei einer Stimmenthaltung); die Abtrennung von Grundstücken Blatt 39 und 40 für Folbern gemäß Referat des Herrn Referendar Dr. Huhle, da unbedenklich.

Die Punkte 10 bis 12 betrafen die Weiterbeteiligung des Bezirksverbandes an der Staatlichen Kraftwagenlinie Meißen—Zehren—Riesa ab 1. Januar 1931, desgleichen Gewährssumme für die Linie Meißen—Diesbar—Nünchritz—Riesa v. Okt. 1930 bis März 1931 und der Linie Großenhain—Riesa ebenfalls v. Okt. 1930 bis März 1931. Nach dem Aktenvortrag des Herrn Reg.-Rat Glaser arbeiten die Linien fortdauernd mit Fehlbeträgen, außerdem würden sich verschiedene Gemeinden nicht mehr an der Tragung der anteiligen Gewährssumme beteiligen. In der Aussprache erklärte Herr Erster Bürgermeister Hotop, daß die bürgerliche Seite für Kündigung der Verträge mit der KVG. bezüglich der drei Linien sei. Auf Antrag des Herrn Baron von Rochow beschloß man einstimmig wie folgt: Der Bezirksausschuß kann die hohen Zuschüsse nicht mehr leisten und beschließt daher die Kündigung der Verträge aller drei Linien. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die eine oder andere Linie einem Bedürfnis entspricht, so ist doch unbedingt zu erwägen, ob nicht eine anderweite Regelung stattfinden kann.

Dann kam abermals die Zusage einer Beihilfe aus Mitteln des Wohnungsbau-Ausgleichstockes 1931 für die Gemeinde Nünchritz zur Behandlung. Hierfür waren in der Sitzung vom 24. September 1930 unter gewissem Vorbehalte 15 000—20 000 Mark aus dem Landesausgleichstock zugesichert worden für den Bau eines Hauses mit sieben Wohnungen, in dem ferner ein Geschäftslokal (Konsum-Verein) und die Apotheke untergebracht werden sollte. Gegen den Plan wendet sich eine Beschwerde des Verbandes der Gewerbevereine im Bezirk Großenhain, der als Begründung besonders anführt, daß durch Gewährung der Mittel andere Bauvorhaben keine Berücksichtigung finden würden und daß es sich weiter um ein Geschäftshaus handle, das Konjunkturschwankungen unterworfen sei. Es lag außerdem eine Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums vor, worin vor der Vorausbewilligung von Mitteln aus dem Wohnungsbau-Ausgleichstock gewarnt wird. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte mit lebhaftem Für und Wider, die hauptsächlich darin gipfelte, daß man Bedenken gegen die Vorwegbewilligung der Mittel aus 1931 habe, während besonders Herr Erster Bürgermeister Hotop seine schon früher geäußerten Bedenken nicht zurückzustellen vermochte, daß die Hingabe von Mitteln zu solchem Bauvorhaben (wegen der Errichtung gewerblicher Räume) nicht richtig sei. Andererseits wurde die günstige Finanzierung des Bauvorhabens und die Schaffung von Arbeit hervorgehoben. Schließlich wurde die Beschwerde des Verbandes der Gewerbevereine mit Mehrheit abgewiesen (Herr Erster Bürgermeister Hotop stimmte für die Beschwerde) und der früher gefaßte Beschluß (Zusage) vertagt, bis die Höhe der zuzuweisenden Mietzinssteuer-Mittel aus dem Landesausgleich bekannt ist. Man befürchtet, daß bei der finanziellen Lage der Länder und auf Grund der neuen Notverordnung Mietzinsmittel für nächstes Jahr nicht zu erwarten sind.

Zugestimmt wurde dem Erlaß von Anweisungen gemäß § 172 GO. an die Gemeinderäte von Glaubitz und Röderau wegen Zahlung restlicher Umlage aus den Gemeinden zugeflossenen Verwaltungskostenzuschüssen und desgleichen einer Anweisung an Gemeinderat Zeithain betr. Rückzahlung eines an nicht zuständiger Stelle aufgenommenen Darlehns, sowie Abführung einer Teilzahlung von 561 Mark an die Bezirkskasse.

Im Vorschlag von Vertrauensmännern für die Ausschüsse zur Schöffen- und Geschworenen-Wahl auf 1931 wurde es auf Anregung des Herrn Amtshauptmann Fellisch im allgemeinen beim bisherigen Zustand belassen. Nur für Bezirk Großenhain wurden an Stelle des Herrn Rittergutsbesitzer Ihßen-Walda Herr Gutsbesitzer Preyschel-Reinersdorf, und für den Bezirk Riesa anstelle des Herrn Donath-Glaubitz Herr Rittergutsbesitzer Harz-Boberfen in Vorschlag gebracht.

Auf Antrag des Herrn Dr. Trott wurde beschlossen, dem Bezirkstag vorzuschlagen, daß die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bezirkstages, des Bezirksausschusses und seiner Unterausschüsse um 20 Prozent gekürzt wird.

Zur Wahl eines Bezirksausschusses für die Sächsische Notlilfe einigte man sich einstimmig dahin, den Bezirksausschuß als solchen zu konstituieren. Anzeige-Kosten für einen Zeitungs-Aufruf in den Amtsblättern des Bezirks wurden genehmigt. — Schluß der öffentlichen Sitzung.

555 Betriebsstillegungsanzeigen in Sachsen im November.

wfl. Die Zahl der im Monat November beim Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstillegungen hat mit 555 gegen die vorhergegangenen Monate eine gewaltige Steigerung erfahren. Im September waren 314 und im Oktober 323 derartige Anzeigen eingegangen. Von den im November eingereichten Anzeigen entstammte die Mehrzahl, nämlich 102, der Textilindustrie, dann folgten mit 84 das Holz- und Schnitzstoffgewerbe und mit 81 der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Die Industrie der Steine und Erden hatte 67, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 51 (hiervon die Tabakindustrie 48) Anzeigen eingegeben, während 43 der Herstellung von Eisen- und Stahlwaren entstammten. In weiterem Abstande folgen die Papierindustrie und das Vervielfältigungsgewerbe mit 29, die Eisen- und Metallgewinnung mit 25 und das Bekleidungsgewerbe mit 22 Anzeigen. Die Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik war mit 17, die chemische Industrie mit 6 und die Leder- und Linoleumindustrie mit 5 beteiligt. Bergbau, Saltnenwesen und Torfgräberei hatten 3 Stillegungen angezeigt, ebenso das Verkehrswesen. Das Handelsgewerbe hatte 2 Anzeigen und die Elektrizitätsgewinnung Entlassen wurden 9486 Arbeiter und 632 Angestellte.

Von den im Monat August 1930 eingegangenen 391 Betriebsstillegungs- und Betriebseinschränkungsanzeigen fand die Stillegungsverordnung in 51 Fällen keine Anwendung.

Im übrigen wurden die angezeigten Maßnahmen voll durchgeführt in 55 Fällen, teilweise durchgeführt in 204 Fällen, nicht durchgeführt in 81 Fällen.

Beschäftigt waren 48 363 Arbeiter und 10 200 Angestellte. Entlassen wurden 9846 Arbeiter und 632 Angestellte.

Ein Wintertraum.

Copyright by Brückenberg-Verlag, Zwickau i. Sa.

Roman aus Oberhof von Anny Wothe.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sausend flog der Schlitten dahin, und wie ein Brausen und Sausen war es um Johannes Funk. Wie Nebel lag es vor seinen Augen. Der weiße Schnee um ihn her leuchtete blutrot, und das Herz krampfte sich ihm wild und heiß zusammen.

Der „Aar" gewann soeben in glänzender Fahrt das Ziel. Langsam ließ Ingelid den Schlitten auslaufen. Sie saß noch unbeweglich am Steuer, als der Flieger bereits abgesprungen war und ihr nun behilflich die Hand reichen wollte, um sich zu erheben.

Sie sah noch starr gerade aus. Die Arme waren ihr wie gelähmt. So angespannt mit jedem Nerv hatte sie sich noch nie gefühlt. Schwer, wie müde erhob sie sich. Die Hand des Fliegers nahm sie nicht.

„Wollt ihr den „Aar" zum Aufzug bringen, Jungens?" gebot sie den beiden Eingeborenen.

„Stärken könnt ihr euch nachher," rief ihnen Funk nach. Strahlend zogen die Burschen von dannen.

Die weiße Straße an dem Silberwasser war noch ziemlich einsam. Ab und zu sauste nur ein Bob oder ein Rodel vorbei. Die beiden, die jetzt Seite an Seite dahinschritten, hatten noch kein Wort miteinander gewechselt.

„Wie kühn Sie sind, Gräfin," brach endlich Johannes Funk das Schweigen.

„Sind Sie dessen ganz sicher?"

„Gewiß, Gräfin, ich hatte ja eben Gelegenheit, Ihren Mut und Ihre Kaltblütigkeit zu bewundern."

„Und wenn ich nun innerlich gezittert hätte?" fragte sie stirnrunzelnd.

„Umsonst müßte ich Ihre äußere Kaltblütigkeit bewundern. Diese Eigenschaft, gnädigste Gräfin, ist das erste Erfordernis für einen Piloten. Ich glaube, Sie werden sich in der Luft glänzend bewähren."

Ingelid schüttelte mit einem fast schelmischen Lächeln den dunklen Kopf.

„Wenn ich nicht nur das erstemal gleich kläglich Schiffbruch leide, Herr Funk. Zuweilen ist es mir, als wäre ich doch ein rechter Hasenfuß."

„Das haben Sie ja heute glänzend bewiesen, Gräfin. Nun aber lassen Sie mich Ihnen danken für die wirklich einzig schöne, wundervolle Fahrt."

„War es schön?"

„Unvergeßlich. Mein weißer Wunderwald wurde zu einem Eden. Soll ich Ihnen meinen Traum verraten, Gräfin, den ich vorhin auf dem Bob geträumt?"

„Nein," wehrte Ingelid fast ängstlich. „Träume verwehen. Unausgesprochen sind sie am süßesten. Rührt man daran, zerflattern sie oft, um nie wiederzukehren."

„Winterträume sind die letzten, Gräfin. Sie kehren niemals wieder."

Sein Blick brannte in dem ihren, und Ingelid senkte die schönen Augen.

Warum flogen plötzlich ihre Gedanken zu dem, der jetzt in der Bahn ohne einen freundlichen Blick und ohne ein freundliches Wort von ihr der Heimat zufuhr? Warum hatte sie Leo so scheiden lassen?

Finster kraufte sich ihre Stirn. Was wollte Leo wieder in ihrer Seele. Warum drängte er sich in das wundervolle, lustige Traumgefüge ihres Herzens und ihrer Sinne?

Hatte er ein Recht, ihr alles zu nehmen, ihre ganze Seele, ihr ganzes Fühlen, all ihre Gedanken? War alles sein?

„Nein, nein," hätte sie am liebsten aufgeschrien, aber ihre roten Lippen drückten sich fest aufeinander.

Wie süß und rot dieser knospende Mund war. Funk sah ihn voll Entzücken, und doch glomm etwas wie Abwehr in seinen Augen auf.

Es war gefährlich hier mit der weißen Schneefrau in dem stillen Walde. Was wollte er eigentlich von ihr? Sie dem Manne entreißen, dem das erste Recht auf sie gebührte?

Er hätte Leo von der Decken niederschlagen mögen, und doch empfand er etwas wie Achtung vor ihm. Etwas, das ihn zwang, nicht an dem zu rühren, was dem andern gehörte.

Was ging ihn aber schließlich dieser fremde Mann an, wenn er ihm auch sonst besonders sympathisch war? Konnte man dem andern etwas nehmen, wenn er es wirklich nicht besaß? Nein, diese fremde, weiße Wunderfrau liebte diesen deutschen Grafen nicht, konnte ihn nicht lieben. Wie hätte sie sonst ihm so hold, als empfinde sie jeden Herzschlag seines Innern, zur Seite schreiten können, wenn auch ihr Mund kein Wort verriet von dem, was ihre Seele durchzitterte?

Johannes Funk atmete hastig und schwer. Wie kam er eigentlich nur dazu, Rücksicht auf andere zu nehmen? Bis jetzt hatte er nur immer sich durchgesetzt. Was er gewollt, das hatte er bis jetzt noch immer erreicht. Freilich, die Frauen, die hatten auch ihn betragen und belogen, aber die Zeit war lange vorbei, da es ihm weh getan. Diese eine aber sollte nicht lügen. Sein holdes weißes und schlankes Winterweib, das sollte rein und ohne jeden Makel in seinem Herzen leben, das sollte auch nicht durch einen dunklen Hauch seiner eigenen Gedanken gestreift werden.

„Verzeihen Sie, Gräfin, daß ich mich so ganz von meinen Gedanken hinnehmen lasse und halten Sie mich nicht für unhöflich, weil ich schweige," unterbrach er plötzlich sein Sinnen, „aber ich habe soeben mit Ihnen im Geiste gesprochen, und Sie haben mir mancherlei Antwort auf meine Frage gegeben."

„Das ist sehr bequem, Herr Funk," lachte Ingelid hell auf, den hohen Kragen ihrer weißen Jacke etwas zurückstreifend, weil ihr warm beim Gehen wurde, „da können Sie nun ganz bequem sich ausschweigen, und keiner kann feststellen, ob Sie geflunkert haben."

„Sehe ich so aus?"

Ingelid hielt seinen Blick aus.

„Nein, Sie sehen eigentlich aus, als wenn Sie rücksichtslos die Wahrheit sagten."

„Ich wünschte, ich könnte es, Gräfin, jetzt hier gleich zu dieser Stunde, meine Seele würde jauchzen. Darf ich reden?"

Verwirrt sah sie zu ihm auf. Was funkelte und glühte in der Tiefe der grauen Augen des ihr doch eigentlich so fremden Mannes?

Nein, nein, er durfte nicht reden, nicht aussprechen, was immer auf dem Grunde ihrer Seele geheimnisvoll und still schlummerte, was sterben mußte hier in dem weißen Wunderwald.

„Ich meinte, Herr Funk," sagte sie mit stockendem Atem, und doch kühl und klar in sein Gesicht sehend, „es sei alles ein Traum gewesen? Ein Traum im weißen Zauberwalde, den weiße Flocken so lind zudecken, die Frau Holle streut. Kennen Sie das deutsche Märchen?"

Er sah finster in Ingelids Gesicht, dann aber faßte er schüchtern nach ihrer Hand. Sein braunes Gesicht, in welches dunkel das Blut schoß, neigte sich tief dem ihren zu. Da schreckte sie Schellengeläut aus ihrer Versunkenheit empor, und jäh ließ er Ingelids Hand fahren.

Feuerrote Schlittendecken leuchteten grell vor ihnen auf und die stolzen Rappen, die sie trugen, bäumten sich hoch, denn auf einen Zuruf aus dem Schlitten stand plötzlich das Gefährt, dem Paare fast den Weg versperrend.

„Das nenn' ich aber a Glück haben," schallte es aus dem

SLUB
Wir führen Wissen.

Neues vom Tage in Bild und Wort.

Wie die Berliner Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues" geschützt wird,
gegen dessen Vorführung durch wiederholte erbitterte Kundgebungen in und vor dem Lichtspielhause protestiert wurde.

Der Schauplatz der Ueberreichung der Nobelpreise,
die — wie alljährlich — heute, am 10. Dezember, dem Todestage des Stifters Alfred Nobel, stattfand, war der Festsaal des Konzerthauses in Stockholm.

Kaub von Erdrutsch bedroht.
Die Stadt Kaub am Rhein, in deren Weinbergen infolge der dauernden Regenfälle der letzten Wochen große Erdmassen in Bewegung geraten sind. Seit einigen Tagen ziehen sich durch die Rebenhügel tiefe und bedrohlich breite Erdspalten, durch die Weinbergsmauern bedenkliche Risse.

Die Königin von Belgien im Gebiet des Todesnebels,
der in einer Reihe von Ortschaften des Maastales zwischen Namur und Lüttich etwa 60 Personen einen bisher unerklärten Erstickungstod brachte, mit einer Kommission belgischer und ausländischer Aerzte in der schwer heimgesuchten Ortschaft Flemalle.

Schlitten, und eine kleine, mollige Hand streckte sich aus dem grauen Chinchilla-Muff dem Paare entgegen.

„Grüß euch Gott all zwei am frühen Morgen! Wie schaut ihr denn aus? Wo kommt ihr denn her?"

Der Flieger machte eine kurze Verbeugung und griff langsam und widerwillig an die Sportkappe.

Ingelid aber erwiderte, die dargestreckte Hand gar nicht beachtend, mit einem kaum merklichen Neigen des Hauptes:

„Wir sind mit dem „Aar" die Bahn heruntergefahren und wollen nun mit dem Aufzug wieder hinauf."

Frau von Köpping, in einem kostbaren, grauen Chinchillapelz, eine ebensolche Mütze auf dem Blondhaar, stand aufrecht im Schlitten und sah dem Paare neugierig und indiskret ins Gesicht.

„Habt ihr denn da das Mazerl nicht getroffen?" fragte sie lächelnd. „Er bobt ja hier auch herum. Wie ausgewechselt ist heut ja alles! Kaum glaub i, daß i ihn hab, ist er schon wieder auf."

„Wir sahen Ihren Herrn Gemahl heute morgen auf der „Hexe". Ich glaube, Treffpunkt ist wieder die Schweizerhütte. Doch nun verzeihen Sie, wir haben Eile, wenn wir noch einmal vor Tisch herunter wollen."

Ingelid neigte leicht den Kopf und schritt an dem Schlitten mit den blendendroten Pferdedecken vorbei. Johannes Funk folgte ihr mit flüchtigem Gruß, da aber tönte die Stimme Evelyns ihnen nach:

„Was sagt denn der Herr Bräutigam dazu, wenn man halt mit andern Männern hier so allein durch den Wald läuft? Schaun's, Gräfin, was sagt er?"

Einen Augenblick stand das Paar starr über diese Taktlosigkeit der blonden Frau, dann aber entgegnete Funk scharf und jedes Wort schwer betonend:

„Er sagt gewiß, daß er froh sein darf, zu wissen, daß seine Braut nicht schutzlos den Zufällen gegenübersteht, die sie hier absichtlich oder unabsichtlich treffen können. Merken Sie sich das, gnädige Frau, oder Sie werden meine ganze Rücksichtslosigkeit kennenlernen."

Ingelid sah, wie Evelyn unter der Schminke erblaßte, wie ihre Lippen zitterten und ihre Augen zornsprühend sie und den Flieger anfunkelten. Sie hörte noch Frau von Köpping hart auflachen, dann schritt Ingelid an seiner Seite weiter die Straße aufwärts.

Eine dunkle Angst war plötzlich in Ingelids Brust.

„Wie konnten Sie die Frau nur so reizen?" fragte sie vorwurfsvoll. „Sie wird es ihrem Mann berichten und dann ist der Skandal fertig."

„Reizen? Habe ich sie gereizt? Hat das dumme Weib nicht Sie beleidigt? Im übrigen können Sie versichert sein, daß sie ihrem Manne nichts verrät. Wie kommen Sie eigentlich zu dieser Bekanntschaft?"

„Ich? Das möchte ich Sie fragen?" Ingelid sagte es fast mit einer leisen Bitterkeit.

Argwöhnisch sah sie, wie sich das braune Gesicht des Fliegers ganz dunkel färbte.

„Sie haben also ganz richtig erkannt, daß ich diese Frau kenne, aber sie nicht kennen wollte?"

„Schon neulich in der Schweizerhütte bemerkte ich es, aber es ist ohne Zweifel Ihr Recht, diese Frau zu kennen. Verzeihen Sie meine Frage."

Wie kühl und spöttisch ihr Blick war, wie gleichgültig ihre Stimme.

„Ich muß mich sehr schlecht in der Gewalt haben," bemerkte Johannes Funk, „da man es mir ansieht, daß ich Frau von Köpping nicht kennen will. Als ich sie kannte, hieß sie anders. Warum wollen wir uns den herrlichen Wintertag durch diese Frau verderben lassen, der man wirklich zu viel Ehre antut, wenn man sich mit ihr beschäftigt."

Finster streiften ihn Ingelids Augen. War das Mißtrauen, was er da plötzlich in ihren Blicken las?

Unmutig zog er die Stirn in Falten. Daß doch die Frauen sich darin alle gleich blieben, wenn es galt, irgendwelche verborgene Beziehungen zwischen Mann und Weib aufzuspüren. Beinahe hätte er auflachen mögen.

„Ich habe so viele Frauen in meinem Leben kennengelernt," bemerkte Funk, „daß es wirklich auf eine gar nicht ankommt. Ich würde auch darüber hinweggehen, wenn ich nicht erstaunt wäre, Frau von Köpping hier in Ihren Kreisen zu treffen."

„Wissen Sie etwas von Frau von Köpping, das ihr diesen Kreis verschließt?"

Ingelid fragte es scharf und es war, als zuckten ihre Lippen.

Einen Augenblick zögerte der Flieger.

„Nein," gab er zurück.

„Sehen Sie, so geht es uns auch."

„Wenn ich etwas wüßte, so würde und könnte ich es natürlich nicht so ohne weiteres bekanntgeben. Im übrigen ist ja auch meine persönliche Ansicht und mein persönliches Erleben gar nicht maßgebend für andere."

„Also doch," dachte Ingelid, und es war, als stieße sie plötzlich einen stechenden Schmerz im Herzen.

„Bitte, Sie dürfen mich nicht falsch verstehen. Vielleicht kann ich Ihnen später einmal erklären, warum ich Frau von Köpping nicht kennen will. Ich finde sie hier in Ihrer Gesellschaft, das muß mir ja eigentlich genügen, sie wie jede andere Dame der Gesellschaft zu behandeln, und es ist meine Schuld, daß ich mich vorhin hinreißen ließ, heftig zu werden."

Ingelid wurde glühend rot. Er wollte also einlenken. Er wollte gewissermaßen sie für die Gegenwart dieser Frau verantwortlich machen. Sollte sie sich dagegen verteidigen?

„Herr von Köpping," sagte sie endlich langsam, „ist ein alter Freund meines Verlobten. Er ist ungeheuer reich, und er galt als sehr wählerisch in seinem Umgang. In unsern Kreisen liebte und schätzte man ihn außerordentlich, und man war natürlich bereit, seine Frau, als er sich im vorigen Winter in St. Moritz vermählte, mit offenen Armen aufzunehmen. Frau von Köpping selbst vernichtete nach und nach alle Sympathien, die man ihr entgegenbrachte. Nicht nur weil ihre Herkunft in etwas mystischem Dunkel blieb, sondern weil ihr ganzes Wesen, das immer nimmt und fordert, das nie abwartet, was man freiwillig entgegenbringt, bei uns wenig Anklang fand. Ohne daß man ihr eigentlich etwas Bestimmtes nachsagen kann, zog sich der größte Teil der Gesellschaft ganz von Köppings zurück, und der andere Teil, zu denen auch wir gehören, duldet sie noch schweigend.

Max von Köpping genießt so viel Teilnahme, und niemand möchte ihn kränken. Vielleicht ist die Frau gar nicht so schlimm, wie sie scheint. Vielleicht ist sie nur in einer anderen Lebenssphäre aufgewachsen? Oft habe ich sogar das Gefühl, als könnte sie sehr lieb und herzlich sein. Wenn ihr Köpping ihre Taktlosigkeit abgewöhnen könnte, wäre sie vielleicht noch ganz passabel, so ist sie eigentlich unmöglich."

„Sie nehmen noch ihre Partei, Gräfin?"

„Durchaus nicht. Ich bedauere nur den Mann, der aus sinnloser Leidenschaft für die mindestens zehn Jahre ältere Frau alles aufgibt, was ihm bisher Lebensgewohnheit und Herzensbedürfnis war. Ich fürchte, früher oder später kommt für den armen Kerl ein schreckliches Erwachen, und darum wäre ich froh, wenn man ihm das ersparen könnte, indem man versuchte, die Frau heranzubilden, die doch nun einmal zu ihm gehört."

Funk lachte hart auf.

Fortsetzung folgt.

Der Kyffhäuserbund gegen Remarque-Film.

Schreiben an den Reichskanzleramtsleiter und den Reichspräsidenten.

X **Berlin.** Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser" leitet uns folgende Mitteilung zu:

Der Kyffhäuserbund erhebt im Namen von Millionen von Weltkriegssoldaten in einem Schreiben an den Reichskanzleramtsleiter nochmals bringendsten Einspruch gegen die unerhörte Verhöhnung deutschen Heldentums durch den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues". In dem Schreiben heißt es, daß schon die bisherigen wenigen deutschen Aufführungen gezeigt haben, daß der Unwille gegen die Verlogenheit dieses undeutschen Machwerks immer elementarer hervorbrechen wird. In zunehmendem Maße möchte besonders in den Reihen der alten Soldaten die Erregung darüber, daß dieses das Andenken unserer Kriegsfreiwilligen und unserer Gefallenen schändende Hetzwerk noch immer zur Aufführung in Deutschland zugelassen ist. Der Kyffhäuserbund erwartet, daß der Reichskanzleramtsminister den Standpunkt des Reichswehrministers und der alten Armee rückhaltlos teilt und bei der bevorstehenden nochmaligen Prüfung des Films durch die Filmoberprüfstelle seinen ganzen Einfluß für das sofortige Verbot dieses auf Kosten der Ehre unserer alten Armee hergestellten amerikanischen Geschäftsfilms geltend macht.

Gleichzeitig hat der Kyffhäuserbund den Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten, den Protest der alten Kameraden mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit zu unterstützen.

Zum Demonstrationsverbot in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Der Polizeipräsident teilt mit: Nachdem die verschiedenen politischen Kundgebungen in den letzten Tagen, trotz geringfügiger Beteiligung, in keinem Falle mehr als 6000, eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben, hat der Polizeipräsident in Berlin auf Grund des Artikels 123 Absatz 2, der Reichsverfassung vom Mittwoch, 10. Dezember 1930, **ab 14 Uhr** sämtliche Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrecht erhalten mit der Ausnahme, daß eine Anzahl von Plätzen, deren Namen noch bekanntgegeben werden, für Versammlungen freigegeben bleiben. Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Straßen und Plätzen wird jede Ansammlung unter Umständen ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut.

Das erste Urteil wegen der Filmdemonstrationen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Demonstrationen am Nollendorfplatz gegen den Film „Im Westen nichts Neues" hatten heute ihr erstes Nachspiel vor dem Schnellgericht. Unter der Anklage der tätlichen Beleidigung stand der **23jährige Arbeiter Nedoch**, der sich auf die Frage des Vorsitzenden als politisch rechts orientiert, aber nicht der NSDAP. angehörig, bezeichnet. Nedoch hatte am Abend des 8. Dezember, als die Polizei mit dem Gummiknüppel die Demonstranten am Nollendorfplatz vor dem Mozartsaal auseinandertrieb, **einen Schutzpolizisten ins Genick geschlagen** und war deshalb festgenommen worden. Nach anfänglichem Leugnen gab Nedoch die Straftat zu. Er erhielt in Anbetracht der Tatsache, daß er bisher noch unbestraft war, eine **Geldstrafe von 50 Mark**, ersatzweise fünf Tage Gefängnis.

Die angekündigte Verhandlung vor dem Schnellrichter gegen den bei den gestrigen Demonstrationen **festgenommenen nationalsozialistischen Reichstagsabg. Dr. Fabricius**, die ursprünglich heute schon um 12 Uhr mittags beginnen sollte, verzögerte sich zunächst, weil zwischen Staatsanwalt Bartels und den Vizepolizeipräsidenten Weiß noch vorher eine Konferenz über die Durchführung dieses Schnellverfahrens stattfand. Es wurde nämlich in Betracht gezogen, daß für 1 Uhr die heutige Reichstagssitzung anberaumt war und daß an und für sich ein Abgeordneter nicht an der Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen gehindert werden darf. Man einigte sich schließlich dahin, die **Verhandlung noch um ½1 Uhr beginnen zu lassen**, damit sie bis zum Anfang der Reichstagssitzung beendet sein konnte.

Berlin. (Funkspr.) In dem Schnellverfahren gegen den nat.-soz. Reichstagsabg. Dr. Fabricius waren als Zeugen der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, der die Festnahme des Nationalsozialisten bei den gestrigen Krawallen selbst veranlaßt hatte und der Polizeimajor Heinrich erschienen. Dr. Fabricius wurde von zwei Polizeibeamten aus der Haft vorgeführt. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bartels, klagte hierauf den nat.-soz. Reichstagsabg. an, am 9. Dezember durch zwei selbständige Handlungen sich strafbar gemacht zu haben, indem er polizeilichen Anweisungen keine Folge geleistet und Polizeibeamte beleidigt habe. Dr. Fabricius bat den Vorsitzenden, das Verfahren zu vertagen, denn es sei ihm bisher nicht möglich gewesen, sich mit einem Verteidiger in Verbindung zu setzen. Außerdem sei er von einem Haftlokal ins andere transportiert worden und habe noch nichts gegessen, so daß seine Verteidigung dadurch erschwert würde. Nach einer kurzen Auseinandersetzung erklärte sich der Vorsitzende schließlich bereit, die **Verhandlung kurz zu unterbrechen.**

Ueberfall auf den Deutschen Hoheisel in Kattowitz.

X **Beuthen.** Von zuverlässiger Seite erhalten wir folgende Darstellung des Ueberfalls polnischer Aufständischer auf den Deutschen Hoheisel: In Kattowitz wurde der 63 Jahre alte Deutsche Hoheisel in einer Gastwirtschaft, in der er sich mit Bekannten in deutscher Sprache unterhielt, von einem am Nebentisch sitzenden polnischen Reserveoffizier Valla herausfordernd angesprochen. Als Hoheisel sich diese Einmischung verbat, holte der Pole vier uniformierte Angehörige des Aufständischen-Verbandes herbei und stürzte sich mit diesen auf Hoheisel. Die Polen verprügelten den alten Mann, warfen ihn über die Treppe auf die Straße und mißhandelten ihn hier mit Biergläsern, Stöcken und Fußtritten, bis er blutend liegen blieb. Als Passanten einen Polizisten zur Verfolgung der Uebeltäter aufforderten, verweigerte dieser ein Einschreiten mit der Erklärung, daß er uniformierte Aufständische nicht verfolgen werde. Schließlich bequemte sich die Polizei noch dazu, die Rohlinge festzunehmen. Valla hatte noch ein zersplittertes blutbesudeltes Bierglas in der Hand. Er erklärte, er habe Hoheisel niedergeschlagen, weil er ein verfluchter Deutscher sei. Hoheisels Zustand hat sich so verschlimmert, daß Lebensgefahr besteht.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Essen. (Funkspruch.) In den heutigen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften wurde eine Einigung über die am 1. Januar 1931 festzusetzenden Löhne nicht erzielt. Der Zechenverband forderte eine Lohnherabsetzung von 12 Prozent, die Gewerkschaften lehnten die Lohnherabsetzung ab. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen.

Ausschuß-Beratungen im Reichstag.

vhz. **Berlin.** Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm heute Mittwoch früh die Verteilung der Referate über die einzelnen Haushalte des Etats 1931 vor, der ihm vom Plenum am Sonnabend zur Weiterberatung überwiesen worden ist. Im übrigen standen auf der Tagesordnung nur kleinere Vorlagen, darunter die Aenderung des Postfinanzgesetzes, wonach künftig die Anteile der Reichskasse nach den Bruttoeinnahmen der Reichspost berechnet werden sollen.

Berlin. (Funkspruch.) Am Dienstag abend konstituierte sich der Steuerausschuß des Reichstags. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Oberfohren (Deutschnat.) wiedergewählt. Sein Stellvertreter wurde Abg. Dr. Neubauer (Komm.). Als Berichterstatter wurde ein nationalsozialistischer Abgeordneter bestellt.

Hindenburg soll intervenieren.

Die Deutschnationalen bitten den Reichspräsidenten um Eingreifen in die Angelegenheit des Remarque-Films.

X **Berlin.** Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, haben an den Reichspräsidenten v. Hindenburg im Namen der Deutschnationalen Volkspartei folgendes Telegramm gerichtet:

„Dem Herrn Reichspräsidenten!

Trotz des Einspruches des Reichswehrministeriums gegen den Geßlin „Im Westen nichts Neues", trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Aufführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Filme beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht, durch persönliches Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen."

Keine Kündigung der Aufwertungshypotheken der privaten Hypothekenbanken vor 1935.

X **Berlin.** In der Vollversammlung der privaten Hypothekenbanken vom 9. Dezember 1930 nahmen die Hypothekenbanken zu der Neuregelung des Zinssatzes für die Aufwertungshypotheken Stellung. Durch die Zinsfestsetzung auf 7,5 Prozent vom 1. Januar 1932 ab ergibt sich von demselben Zeitpunkt eine Verzinsung der Liquidations-Pfandbriefe von 7 Prozent. Bei dieser Sachlage erklärten die privaten Hypothekenbanken sich bereit, ihre dinglich genügend gesicherten Aufwertungshypotheken, soweit sie nicht insbesondere schon als Tilgungshypotheken länger laufen, jedenfalls bis zum 1. Januar 1935 zu dem neuen gesetzlichen Zinsfuß (ab 1. Januar 1932—7,5 Prozent) den Schuldnern zu belassen, ohne hierfür eine Prolongationsprovision zu erheben.

Dabei ist man sich unter den Hypothekenbanken darüber klar, daß auch nach diesem Zeitpunkt die Abwicklung des Aufwertungsbestandes nur nach und nach sich vollziehen wird. — Hinsichtlich des Pfandbriefzins wurde an dem bisherigen Standpunkt (7 Prozent) festgehalten.

Der neue Sejmmarschall stellt sich vor.

* **Warschau.** In der Sejmsitzung wurde der Abgeordnete des Regierungsblockes und frühere Ministerpräsident **Dr. Kasimir Switalski** zum **Sejmmarschall** gewählt. In seiner **Antrittsrede** erklärte Switalski, er werde im Sejm keine Reden dulden, die den Zweck einer innerpolitischen Agitation oder einer Demonstration für das Ausland verfolgten. Für die Befreiung der Abgeordneten, die infolge gemeiner Vergehen verhaftet worden seien, werde er nicht eintreten, da er sich nicht für befugt halte, den Entscheidungen der Gerichte vorzugreifen. Das Höchstgewicht werde er auf eine enge Zusammenarbeit mit der Regierung legen. Jede Tagesordnung werde erst nach Rücksprache mit der Regierung aufgestellt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Sejm sei die Aenderung der bisherigen Staatsverfassung.

Der **Senat** wählte den bisherigen Wojewoden von Wilna, **Raczkiewicz**, zum Vorsitzenden.

Die deutschen Aerztinnen tagen in Naumburg.

)(**Naumburg.** Der Ausschuß für Sexualfragen im Bunde Deutscher Aerztinnen hatte nach Naumburg eine Fachkonferenz einberufen, die am Sonnabend und Sonntag etwa 70 Teilnehmerinnen vereinte, um zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung Stellung zu nehmen. Es wurden praktische Erfahrungen aus Groß- und Kleinstadt, vom Lande, in der Fürsorge und bei der Gewerbeärztin herangezogen. Auch über die Verhältnisse in Sowjetrußland und über diejenigen der Ehe- und Sexualberatungsstelle vom Bund für Mutterschutz in Frankfurt a. Main wurde berichtet. Die Versammlung war sich einig, daß eine sinngemäße Geburtenregelung notwendig sei. Eine Entschließung zum § 218 wurde nicht gefaßt, da die Anregungen der Tagung erst noch ausgewertet werden sollen. In den Arbeitspausen fanden Führungen durch den Dom statt.

Der Lohnkonflikt der Berliner Bankangestellten vor dem Reichsarbeitsministerium.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichsarbeitsministerium begannen heute vormittag unter dem Vorsitz des Schlichters Professor Dr. Brahn die **Verhandlungen für Beilegung des Lohnkonfliktes im Berliner Bankgewerbe.** Vom Arbeitgeberverband sind bekanntlich die Gehaltstarife für die Berliner Bankangestellten zum Zweck eines Abbaues gekündigt worden. Die Verhandlungen, die zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und dem am Tarifvertrag beteiligten Organisationen stattgefunden haben, sind gescheitert, da sich die Angestelltenvertreter gegen den beabsichtigten Gehaltsabbau in Höhe von 11 Prozent zur Wehr setzten. Heute haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium zunächst ihren grundsätzlichen Standpunkt dargelegt. Nach den Darlegungen der Parteien wurde dann, wie üblich, eine Schlichtungskammer gebildet, die den Schiedsspruch zu fällen hat.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 10. Dezember.

Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen wird amtlich für den 1. Dezember mit 2 305 639 angegeben. Diese Ziffer ist um 19 179 höher als die der Vorwoche, und um 102 709 höher als die am 1. Dezember 1929.

Haftentlassung Grenzels.

Berlin. (Funkspr.) Nach Niederlegung der zu den vom Kammergericht geforderten Kaution von 10000 Mark noch fehlenden 4000 Mark bei der Potsdamer Gerichtskasse wurde Grenzel heute aus der Haft entlassen.

Keine Notverordnung für Agrarmaßnahmen geplant.

Berlin. (Funkspruch.) Zu den durch die Presse gegangenen Meldungen, daß Kabinett beabsichtige auf Anregung des Reichsernährungsministers neue Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft durch Notverordnung in Kraft zu setzen, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß Agrarschutznotverordnungen nicht beabsichtigt sind. Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft, über die das Kabinett noch weitere Besprechungen haben wird, sollen auf dem üblichen gesetzmäßigen Wege erledigt werden.

Hoover droht mit Steuererhöhung.

* **Newyork.** In einer sehr scharf formulierten Pressekundgebung wendet sich Hoover gegen die üppigen Haushaltsmehrforderungen des Kongresses, deren Bewilligung einen Fehlbetrag von 500 Mill. Dollar im Haushalt 1932 schaffen würde. Der Präsident erklärt, daß die im Haushaltsentwurf aufgestellten Ausgaben die äußerste Grenze des Tragbaren bedeuteten, andernfalls sei eine Steuererhöhung unvermeidlich.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 10. Dezember 1930.

Keine Verbindlichkeitserklärung des Bolle-Schiedsspruches.

Berlin. (Funkspruch.) In dem Lohnkonflikt bei der Meierei Bolle hat der Schlichter Dr. Wissel heute seine Entscheidung getroffen. Die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, der einen Lohnabbau von etwa 4,6 Prozent im Durchschnitt vorsieht, ist vom Schlichter abgelehnt worden. Die Funktionäre der Bolle-Arbeiter werden heute nachmittag zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung nehmen.

In Cosinroggen Preiserhöhung.

Berlin. (Funkspruch.) Der Verkaufspreis für Cosinroggen, dessen Bezug zur Einfuhr von vollverbilligter Futtergerste in gleicher Menge berechtigt, ist, wie WTB. erfährt, mit sofortiger Wirkung im 5 RM. auf 175 RM. je Tonne heraufgesetzt worden. — Der Verkaufspreis für Kartoffelflocken in der gleichen Kombination bleibt vorerst unverändert auf 175 RM. je Tonne.

Demonstration in Hamburg.

Hamburg. (Funkspruch.) Im Stadtteil St. Pauli, vornehmlich auf der Reeperbahn, kam es heute zu Demonstrationsversuchen. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurden sofort starke Polizeikräfte eingesetzt. Ein amtlicher Bericht liegt zur Stunde (14 Uhr) noch nicht vor, da sich die Lage noch nicht übersehen läßt.

Starker Ausbau der Festung Lüttich.

* **Brüssel.** Der Minister für nationale Verteidigung entwickelte am Dienstag vor dem Senatsausschuß die Pläne der Regierung für die Verteidigung der Ostgrenze Belgiens. Von der Sitzung, die geheim war, wurde keine Mitteilung ausgegeben. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Minister erklärt hat, jede Verteidigung der Ostgrenze müsse wirkungslos bleiben, wenn die Festung Lüttich nicht stark ausgebaut werde.

Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise.

Oslo. (Funkspruch.) Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise von dem früheren Staatssekretär Kellogg und Erzbischof von Soderblom fand heute mittag in Gegenwart des Königs und Kronprinzen im hiesigen Nobelinstitut statt.

Ein zur Abtakelung bestimmter Passagierdampfer in Brand geraten.

London. (Funkspruch.) Im Hafen von Blyth brach heute früh auf einem 25 000 Tonnen großen englischen Passagierdampfer, der dort abgetakelt werden sollte, ein Brand aus, der großen Umfang annahm. Das Feuer wird von drei Feuerwehrbrigaden und vier Feuerlöschbooten bekämpft; es ist aber zu befürchten, daß der Dampfer ein Opfer der Flammen werden wird.

Handel und Volkswirtschaft

Leipziger Produktenbörse vom 9. Dezember. Weizen 76—77 kg 250—254; Weizen 73—74 kg 240—244; Roggen 70—71 kg 155—161; Sommergerste (Brauware) 205—230; Futter- und Industriegerste 185—195; Wintergerste 185—195; Hafer alt 174—180; Hafer neu 150—160; Mais la Plata 290—295; Mais Donau 285—290; Mais cinquentin 325—330; Raps 200—210; Erbsen (Viktoria) 220—240; Weizenkleie 10—11; Roggenkleie 9,5—10,5; Weizenmehl 43; Roggenmehl 28—29.

Dresdner Börse vom 9. Dezember. Bei sehr kleinem Geschäft blieben die meisten Kurse wiederum unverändert. Rennenswert schwach Schubert & Salzer und Deutsche Jute, die je 5 Prozent niedriger notiert wurden. Keramag und Reichsbank konnten je 3 Prozent gewinnen. Anlagewerte leicht gedrückt.

Chemnitzer Börse vom 9. Dezember. Nach der Erholung der letzten Tage zeigte die Börse heute ein schwächeres Aussehen, trotzdem sich lebhaftere Geschäftstätigkeit entwickelte. Richter und Sachsenwerk verloren je 2 und Thüringer Gas 1 Prozent. Banken ziemlich gehalten, der Freiverkehr lag weiter ruhig.

Leipziger Börse vom 9. Dezember. Der Kassamarkt war knapp behauptet und weiter ohne Umsatz. Rennenswert schwächer Schubert & Salzer minus 5, Sachsenwerk minus 3, Thüringer Gas minus 2, dagegen Zwickau-Oberhohndorf große und kleine je 5 Prozent fester. Anleihen kaum verändert. Freiverkehr uneinheitlich.

An der Berliner Börse machte sich zunächst eine allgemeine Zurückhaltung bemerkbar. Nachdem im Verlaufe eine teilweise Befestigung eintrat, war die Tendenz bei Schluß wieder abgeschwächt. Heimische Renten waren wenig verändert, Verkehrswerte schwächer, Montan- und Elektrowerte schwankend, Kali- und Farbenaktien gebessert. Der Satz für Tagesgeld lautete 4,5—6,5, für Monatsgeld 7—8,5%, der Privatdiskont konnte auf 4,75% ermäßigt werden.

Marktberichte.

Großenhainer Schweinemarkt vom 9 Dezember 1930. Preis eines Ferkels: 14—22 M. Ausnahmen über Notiz. Zufuhre: 163 Ferkel. Geschäftsgang: langsam.

Wasserstände		9. 12. 30	10. 12. 30
Moldau:	Kamaik	+ 41	+ 44
	Modran	+ 0	+ 1
Eger:	Laun	+ 36	+ 34
Elbe:	Nimburg	+ 45	+ 58
	Brandeis	+ 94	+ 94
	Melnik	+ 56	+ 84
	Leitmeritz	+ 62	+ 75
	Aussig	+ 94	+ 75
	Dresden	— 66	— 79
	Riesa	+ 17	+ 9

SLUB
Wir führen Wissen.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. — 14.00: Zur Unterhaltung (Schallplatten-Konzert). — 15.20: „Soll man heiraten?" — 15.45: „Winter in den deutschen Bergen". — 16.05: Jugendstunde. Dr. Ueberall erzählt. — 16.30: Klaviertrios. Bogniat-Trio. — 17.30: Kurze Bücherstunde. — 17.40: Aus dem Hotel Kaiserhof: Unterhaltungsmusik (Kapelle Géza Komor). — 18.25: „Zeitgemäße Reklame". „Aufgaben der Reklame in Zeiten der Wirtschaftskrise". — 18.50: Volkslieder. Männerchor „Fichte-Georginia 1879". — 19.10: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. — 19.15: Ossip Kalenter liest eigene Erzählungen. — 19.40: Mitja Nikisch spielt (Tanz-Abend). — 21.00: Tages- und Sportnachrichten. — 21.10: „1000 Dollars". Volksstück von Hans Müller-Schlösser. — 22.45: Zeitansage usw. — Anschließend: Abendunterhaltung. Kapelle E. Rosenthal vom „Haus Vaterland".

Königswusterhausen.

6.20: Zeitansage und Wetterbericht. — 6.35: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — 10.00: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden. — 10.10: Schulfunk. Am Bienenhaus. Der Bienenstaat im Winter (Mit Schallplatten). — 10.35: Neueste Nachrichten. — 12.00: Schallplatten-Konzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 15.00: Jugendstunde. Reisen und Abenteuer: Ich reise mit einem Wanderzirkus. — 15.25: Hinweis auf neue Bücher für die Jugend. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 15.45: Frauenstunde. Bücher für das Kind. — 16.00: Pädagogischer Funk. Sprechchorarbeit in der Landschule. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 17.30: Sechzig Jahre Zentrumspartei. — 18.00: Querschnitt durch deutsche Zeitschriften. — 18.30: Hochschulfunk. Die Aera Bülow. Zum Erscheinen der Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow. — 19.00: Nationalitätenprinzip und Selbstbestimmungsrecht. — 19.30: Stunde des Landwirts. Viehwirtschaftlicher Lehrgang. — 19.55: Wetterbericht. — Anschließend: Berliner Programm.

Gerichtssaal.

Das Dienststrafverfahren gegen Tempel

Im weiteren Verlauf des Dienststrafverfahrens gegen den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt, Tempel, fanden am Dienstag Lokaltermine im Verwaltungsgebäude und in der Wohnung des Angeschuldigten statt. In der eigentlichen Verhandlung machte der Vorsitzende bei der Vernehmung Tempels die Feststellung, daß dieser in die Verrechnungssumme für die Bauten auch diejenigen Beträge eingesetzt habe, die für das Laboratorium, feuersichere Schränke, medizinische Verbesserungen angesetzt, aber nicht genehmigungspflichtig waren. Dadurch habe sich Tempel durch einen Irrtum selbst in ein falsches Licht gesetzt. Zu dem Vorwurf der Hartnäckigkeit wegen der Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen erklärt der Angeklagte, daß der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Geheimrat Prof. Dr. Hähnel, gegen ihn voreingenommen sei. — Die eingeholten Gutachten fachärztlicher Autoritäten über Tempels Tätigkeit lauten ausnahmslos glänzend. Die Gutachter spenden durchweg Tempels Arbeit höchstes Lob. Das Sächsische Landesgesundheitsamt nennt die von Tempel geschaffenen Anstalten die vollkommensten der Welt. — Weiterverhandlung am Mittwoch.

Turnen – Sport – Spiel – Wandern

Radsport.

Bei dem Kampf um die Gaumeisterschaft im Zweier-Radball

der Klasse B, Gau Dresden, belegte Radf.-Verein „Wanderer"-Strehla (1. Mannschaft) den 3. Platz und errang dadurch die Spielberechtigung in Klasse A.

*

Fußball.

Im Fußballendspiel um die mitteldeutsche Hochschulmeisterschaft standen sich am Dienstag auf dem Guts-Muths-Platz in Dresden die Mannschaften der Technischen Hochschule Dresden und der Universität Leipzig gegenüber. Die Dresdner Hochschüler blieben erwartungsgemäß mit 4 : 2 Sieger und sind damit mitteldeutscher Hochschulmeister im Fußball.

*

Reiterstafette in Flensburg eingetroffen.

Flensburg. Die große Reiterstafette des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts ist teilweise beendet. Die in Südost (Beuthen) und Südwestdeutschland (Lörrach in Baden) gestarteten Staffeln mit den Botschaften an unsere Landsleute in Flensburg legten nach der Vereinigung in Halle den letzten Teil der Strecke gemeinsam zurück und trafen am Dienstag früh in Lüneburg mit den Reitern des dritten Stafettenarmes zusammen, der vom Saargebiet nach Tilsit führt. Nach kurzer Begrüßung wurde der Ritt fortgesetzt, und bald waren die wieder von zahlreichen Automobilen und anderen „Mitläufern" begleiteten Stafettenträger in östlicher bezw. nördlicher Richtung verschwunden. Während die beiden Staffeln aus Beuthen und Lörrach ihr Ziel Flensburg um 4 Uhr nachmittags erreicht hatten, wo sie begeistert begrüßt wurden, müssen die Reiter des dritten Armes noch ganz Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen durchqueren.

*

Schwimmen.

Poseidon-Leipzig in Berlin geschlagen. Die Berliner Interessengemeinschaft veranstaltete am Sonntag im Wellenbad Lunapark ein gut besetztes Schwimmfest, das hervorragende sportliche Leistungen zeigte. So gelang es der Damenstaffel von Nixe-Charlottenburg über 6 Mal 50-Meter-Kraul den erst vor kurzem von Poseidon-Leipzig aufgestellten deutschen Rekord von 3 : 46,4 mit der neuen Zeit von 3 : 38,3 erheblich zu unterbieten. — Im Wasserballspiel zwischen den beiden Meistern von Sachsen und Brandenburg schlug Weißensee 96 den Sachsenmeister Poseidon-Leipzig mit 5 : 3. Am Sonnabend konnte Poseidon-Leipzig sein erstes Spiel in Berlin gegen die Vereinigten Wasserfreunde 04 Spandau knapp mit 4 : 3 siegreich gestalten.

Vermischtes.

Bestechlicher Beamter entlarvt. — Einleitung eines Disziplinar- und Strafverfahrens. Der Stadtbauobersekretär Walther Schüler in Braunschweig, der seit dem Jahre 1928 als Angestellter und seit Januar 1930 als Beamter im städtischen Diensten steht, hat seit dem Jahre 1928 die Stadt Braunschweig durch Anweisung zu hoher Rechnungen um große Beträge geschädigt. Schüler gibt die Summe auf etwa 2500 Mark an, während das Hochbauamt den Betrag von 7 bis 8000 Mk. errechnete. Er hat diese Beträge vier städtischen Lieferfirmen zugewendet und von diesen etwa die Hälfte der Summe als Bestechungsgelder erhalten. Dem ungetreuen Beamten ist mit sofortiger Wirkung die Ausübung seiner Tätigkeit untersagt worden. Außerdem wurde gegen ihn die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt. Gegen Schüler und die beteiligten Lieferfirmen wurde ferner Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Sämtliche Lieferfirmen sind mit sofortiger Wirkung von allen städtischen Lieferungen ausgeschlossen worden.

Doppelmord bei einer Parade in Indien. Am Dienstag wurden in Lahore ein britischer Offizier und ein indischer Sergeant bei einer Parade ermordet. Der Mörder, ein indischer Korporal, verübte Selbstmord.

Wegen der Leningrader Straßenbahnkatastrophe im Anfang Dezember, bei der 28 Personen getötet und 19 verletzt wurden, erhielten die acht Hauptangeklagten, darunter der Stationschef und der Straßenbahnführer, je 10 Jahre, die übrigen acht Angeklagten ein bis fünf Jahre Gefängnis.

Nebel und Schneestürme über England. Die englische Küste, London und Southampton waren am Dienstagvormittag wieder in dichten Nebel gehüllt. Der Nebel verursachte zahlreiche Verkehrsunfälle, wobei 3 Personen getötet und viele verletzt wurden. Bei Hatfield stießen drei Güterzüge im Nebel zusammen. Etwa 30 Güterwagen wurden schwer beschädigt. Aus den nördlichen Teilen Englands werden Schneestürme gemeldet.

Ein Handelskammersyndikus verschwunden. Seit einigen Tagen ist der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Dr. Hoffmann verschwunden. Es besteht die Möglichkeit, daß er wegen finanzieller Schwierigkeiten geflüchtet ist. Unregelmäßigkeiten sollen, wie verlautet, nicht vorliegen.

Gewaltsame Verhinderung einer Zwangsversteigerung. Aus Lassow (Kreis Greifswald) wird gemeldet: Zu schweren Tumulten kam es auf dem Hofe des Landwirts Karl Dinse, dessen gesamtes lebendes und totes Inventar auf Grund von 8 Rückständen an die Greifswalder Universität zwangsversteigert werden sollte. Neben zahlreichen Käufern hatten sich über 100 Landwirte aus dem Dorfe und der näheren Umgebung eingefunden, die die Maßnahme der Vollziehungsbeamten gewaltsam verhinderte, sodaß die Versteigerung eingestellt werden mußte.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	9. Dez.	10. Dez.
Weizen, märkischer	246,00—247,00	242,00—243,00
per Oktober	—	—
per Dezember	261,00	—
per März	271,25—271,50	271,50—272,00
per Mai	281,00	280,50—281,00
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggen, märkischer	155,00—156,00	156,00—158,00
per Oktober	—	—
per Dezember	174,50—176,50	175,50—176,75
per März	184,50—185,50	185,00—186,50
per Mai	192,00—193,25	192,50—193,50
Tendenz:	fest	stetig
Gerste, Braugerste	202—220	202—220
Futter- und Industriegerste	190—194	190—194
Wintergerste, neue	—	—
Tendenz:	ruhiger	ruhig
Hafer, märkischer, alt	139,00—144,00	139,00—144,00
do. neu	—	—
per Oktober	—	—
per Dezember	—	156,00
per März	167,00	166,00—166,50
per Mai	177,50	177,00
Tendenz:	stetig	ruhig
Mais, rumänischer	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack (feinste Marken über Notiz)	29,00—36,75	29,00—36,75
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack	23,75—26,85	24,00—26,85
Weizenkleie frei Berlin	10,50—10,40	10,15—10,40
Roggenkleie frei Berlin	9,00—9,50	9,00—9,50
Weizenkleie-Melasse	—	—
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Viktoriaerbsen	24,00—31,00	24,00—31,00
Kleine Speiseerbsen	23,00—25,00	23,00—25,00
Futtererbsen	19,00—21,00	19,00—21,00
Peluschken	20,00—21,00	20,00—21,00
Ackerbohnen	17,00—18,00	17,00—18,00
Wicken	18,00—21,00	18,00—21,00
Lupinen, blaue	—	—
gelbe	—	—
Serradella, neu	—	—
Rapskuchen, Basis 38%	9,30—10,00	9,30—10,00
Leinkuchen, Basis 37%	15,20—15,50	15,20—15,50
Trockenschnitzel	5,50—5,90	5,50—5,90
Soya-Extractionsschrot, Bas. 45%	18,60—18,80	18,60—18,80
Kartoffelflocken	—	—
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz:	uneinheitlich	uneinheitlich

Das Geschäft an der Produktenbörse gestaltete sich heute außerordentlich schleppend. Weder vom Auslande, noch vom Mehlabsatz waren Anregungen gegeben, so daß sich die Umsatztätigkeit im Prompt- und Lieferungsgeschäft in engen Grenzen hielt. Weizen war vom Inlande ausreichend offeriert, so daß Umsätze zustande kamen, ebenso wurden wie am Lieferungsmarkt etwa gestrige Preise bezahlt. Die Lieferungspreise für Roggen lagen zunächst bis 1½ Mark unter gestrigem Schlußniveau, was zum Teil darauf zurückzuführen war, daß die heute besichtigten 2400 Tonnen kontraktlich lieferbar waren. Das Angebot zur prompten Verladung war weiterhin mäßig, die höchsten Preise des gestrigen Nachmittags waren allerdings nicht mehr zu erzielen.

2. Ziehung 2. Klasse 198. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 9. Dezember 1930.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 150 Mark gezogen.

40000 auf Nr. 2719 bei Fa. R. Zeidler & Co., Leipzig.
20000 auf Nr. 97544 bei Fa. W. Bischoff, Dresden.
5000 auf Nr. 127273 bei Fa. Martin Kaufmann, Leipzig.
3000 auf Nr. 16965 bei Fa. Ludwig Schlüter, Leipzig.
3000 auf Nr. 71981 bei Fa. Oswald Fischer, Annaberg.
3000 auf Nr. 108322 bei Fa. Robert Lehmann, Leipzig.
3000 auf Nr. 119935 bei Fa. Hermann Müller, Leipzig.
3000 auf Nr. 155996 bei Fa. Max Kölle, Dresden.
3000 auf Nr. 43155 bei Fa. Richard Meyer, Chemnitz und bei Fa. Paul Lippold, Leipzig.
3000 auf Nr. 46214 bei Fa. Ewald Rüdigers Nachf., Zwickau und bei Fa. Gebr. Ziegner, Kötzschenbroda.
2000 auf Nr. 15851 bei Fa. A. verw. Hoyer, Geringswalde.
2000 auf Nr. 51916 bei Fa. Ludwig Pigge, Dresden.
2000 auf Nr. 64120 bei Fa. Friedrich Fritze & Co., Leipzig.
2000 auf Nr. 85458 bei Fa. Emil Wünsche Nachf., Leipzig und bei Fa. Hermann Strube, Leipzig.
2000 auf Nr. 114225 bei Fa. Martin Kruis, Leipzig.
2000 auf Nr. 159189 bei Fa. C. A. Knobloch, Radeberg.

[illegible]

Im Gildenkasse verbleiben nach heute beendigter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 zu 30000, 1 zu 10000, 3 zu 5000, 1 zu 3000, 4 zu 2000, 7 zu 1000.